

Perspektiven und Stabilität für Köln

Im Wissen um die schwierige Lage der Stadt,
entschlossen zu verlässlicher, nachhaltiger
und zukunftsorientierter Politik
vereinbaren
KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen
eine enge Kooperation für die Arbeit
im Rat der Stadt Köln

1 **Verantwortlich für Köln handeln!**

2 KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen verstehen ihre Vereinbarung als
3 bindende Selbstverpflichtung zu verantwortlicher, kreativer und
4 verlässlicher Stadtpolitik. Sie ist zugleich eine Einladung an die demo-
5 kratischen Kräfte in Köln und die Bürgerinnen und Bürger in Köln, sich
6 im Interesse eines sozial und ökologisch verantwortlichen
7 Gemeinwesens einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Eine
8 offene, liberale Stadtgesellschaft und eine prosperierende Stadt
9 brauchen eine nachhaltige, konstruktive und zukunftsorientierte Zusam-
10 menarbeit dieser Kräfte.

11
12 KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen Köln sind uneingeschränkt bereit,
13 Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen.

14

15 Köln leidet - wie alle deutschen Großstädte - unter den Folgen von
16 Konjunkturschwäche, Globalisierung und Vereinigungsprozess. Die
17 empfindlich eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Stadt infolge des
18 Haushaltssicherungskonzepts, die wachsende Zahl Arbeitsloser und
19 hilfsbedürftiger Haushalte sowie der bereits im Stadtbild unübersehbare
20 Mangel an städtischen Investitionen sind alarmierende Signale.

21 Einzigartig ist das eklatante Versagen der Kölner CDU. Trotz stärkster
22 Ratsfraktion und Übernahme der wichtigsten Spitzenämter in
23 Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften – die CDU ist definitiv
24 nicht politikfähig. Der Egoismus Einzelner bestimmt ihr Handeln. Wer
25 dort Zusammenarbeit, Verlässlichkeit, Vertrauen, perspektivisches
26 Denken und Handeln sucht, findet Chaos, Destruktion und Unfähigkeit.

27

28 **Kernbündnis bietet Orientierung!**

29 Die Stadt darf nicht noch weiter ins Abseits geraten. Diesem Ziel fühlen
30 sich KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen verpflichtet. Deshalb
31 vereinbaren die beiden Parteien diese Kooperation für die Kölner
32 Kommunalpolitik– wissend, dass dieses Kernbündnis zwar in den
33 Ratsausschüssen mehrheitsfähig ist, aber alleine nicht über eine
34 konstruktive Ratsmehrheit verfügt. Angesichts der Situation der Stadt
35 und der bevorstehenden schwierigen Aufgaben ist es jedoch zwingend
36 notwendig, ein Kernbündnis zu bilden, das Leitziele und Orientierung für
37 die zukünftige Stadtpolitik angibt.

38 In diesem Sinne beschreibt die Vereinbarung zwischen KölnSPD und
39 Bündnis 90/Die Grünen die Felder gemeinsamen politischen Handelns in

40 Form von Zielsetzungen. Für die einzelnen Bereiche werden so weit wie
41 möglich konkrete Lösungsansätze beschrieben. Die Vereinbarung ist
42 damit eine politische Absichtserklärung und zugleich ein Arbeitsplan für
43 diese Wahlperiode. Die Kooperationspartner sind sicher, dass sie für
44 diese Ziele jeweils Mehrheiten im Rat der Stadt Köln finden werden.
45 KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen werden die Lähmung und
46 Chaotisierung der Stadtpolitik überwinden und Kölns Entwicklung wieder
47 – und in neue Richtungen - beschleunigen.

48

49 Die Sanierung der Stadtfinanzen ist die entscheidende Voraussetzung,
50 damit die Stadt Köln ihre Handlungsfähigkeit auf breiter Basis
51 zurückgewinnt. Nur eine prosperierende Stadt kann in ausreichendem
52 Maße die weitere Entwicklung zu einer offenen Stadtgesellschaft, soziale
53 Absicherung und Daseinsvorsorge, liberale Urbanität und Integration
54 der Kulturen und Ethnien gewährleisten. Deshalb hat die Stärkung Kölns
55 als Wirtschaftsstandort, der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Teilhabe
56 aller Bevölkerungsgruppen an der Kölner Gesellschaft für beide
57 Kooperationspartner grundlegende Bedeutung.

58 Köln – wie andere Städte auch – braucht dafür auch die Unterstützung
59 von Land und Bund. SPD und GRÜNE setzen sich daher auch für eine
60 nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ein.

61 Die Städte sind Schrittmacher der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie
62 müssen sich mit globalen Trends und verschärftem Wettbewerb
63 auseinandersetzen, die einerseits Handlungsspielräume verengen, aber
64 auch neue Chancen eröffnen. Die Städte konkurrieren nicht nur um
65 Investitionen, sondern auch um das kreative Potenzial von Einwohnern
66 und Unternehmen.

67 Im Städtewettbewerb nimmt die Bedeutung „weicher Standortfaktoren“
68 erheblich zu. Dazu gehören soziale Integration, Bildung, Kultur- und
69 Freizeitangebote, nachhaltige Stadtentwicklung und Umweltqualität.

70 Mehr wirtschaftliche Prosperität und Beschäftigung kann nur Erfolg
71 haben, wenn zugleich die großen Herausforderungen - Integration
72 unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Zuwanderung und
73 demografischer Wandel – bewältigt werden.

74 Für SPD und GRÜNE gehören diese Aspekte zu einem integrativen
75 stadtpolitischen Handlungsansatz.

76

77

78

79 Die Vereinbarung gliedert sich in folgende große Handlungsbereiche:

- 80 ▪ Stadtentwicklung, Verkehr, Bauen, Wohnen
- 81 ▪ Finanz- und Haushaltspolitik
- 82 ▪ Wirtschaft und Liegenschaften
- 83 ▪ Umwelt, Grün, Abfallwirtschaft, Gesundheit, Kliniken
- 84 ▪ Soziales, Beschäftigungsförderung, Integrationspolitik,
85 Flüchtlingspolitik
- 86 ▪ Kunst und Kultur
- 87 ▪ Jugend- und Schulpolitik, Sportpolitik
- 88 ▪ Bürgerservice, Verwaltung, Sicherheit und Ordnung.

89 Darüber hinaus umfasst die Vereinbarung Festlegungen und
90 Konsultationsverfahren zur Regelung offener oder streitiger Fragen
91 beziehungsweise neu zu erörternden Themen.

92

93 Besonderen Wert legen die Kooperationspartner auf die Feststellungen,
94 dass zum einen diese Kooperation – mit Blick auf eine konstruktive
95 Mehrheit im Rat – einvernehmlich erweitert werden kann, dass zum
96 anderen eine für Köln erfolgreiche Arbeit einen langen Atem braucht.

97 Nachhaltige und gerechte Finanz- und Haushalts- 98 politik

99

100 Seit 2003 kann die Stadt Köln ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen
101 und befindet sich im Haushaltssicherungskonzept (HSK). Der
102 Gesamtfehlbetrag liegt über 630 Mio € und soll bis 2012 abgebaut
103 werden.

104

105 Für SPD und GRÜNE gehört es zu den kommunalpolitischen
106 Kernaufgaben in dieser Wahlperiode den städtischen Haushalt zu
107 sanieren. Denn die Stadt Köln muss wieder ihre vollständige
108 Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Mangelwirtschaft und Sparzwänge
109 blockieren ansonsten die politischen Gestaltungsmöglichkeiten und
110 Zukunftschancen für Köln.

111 Daher versprechen SPD und GRÜNE keine Luftschlösser. SPD und
112 GRÜNE sind sich einig, dass alle von ihr zu treffenden relevanten
113 Entscheidungen und Initiativen unter dem Vorbehalt der finanziellen
114 Umsetzbarkeit im Rahmen des HSK stehen.

115 Haushaltsnot und Konsolidierungserfordernisse im Rahmen des HSK
116 zwingen dazu, politische Prioritäten zu setzen. Nicht alles, was
117 wünschenswert wäre, ist machbar.

118 SPD und Grüne wollen ihre gemeinsame Haushaltspolitik nach
119 folgenden Prioritäten gestalten:

- 120 ▪ Bekämpfung der Erwerbslosigkeit
- 121 ▪ Verstärkte Betreuung von Kinder und Jugendlichen
- 122 ▪ Sicherung des kommunalen sozialen Netzes und relevanter
123 Integrationsmaßnahmen
- 124 ▪ Unverzichtbare Stadtgestaltungs- und Umweltmaßnahmen
- 125 ▪ Finanzierung von Sanierungen zum Substanzerhalt, z.B. bei Schulen,
126 Infrastruktur

127

128 SPD und GRÜNE lassen sich in der Gestaltung der städtischen
129 Finanzpolitik von folgenden Kriterien leiten:

130 Städtische Unternehmen sollen in ihrer wirtschaftlichen
131 Leistungsfähigkeit gestärkt werden – einerseits, um ihre Aufgaben für
132 die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Daseinsvorsorge effizient

133 wahrzunehmen, andererseits um durch Ausschüttungen einen
134 Sanierungsbeitrag für den Stadthaushalt zu leisten.

135 Defizitausgleich durch Veräußerung städtischer Beteiligungs-
136 gesellschaften, die strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame
137 Aufgaben für die Stadt erfüllen, wäre der falsche Weg. Immenser
138 Vermögensverzehr ist keine nachhaltige Finanzpolitik.

139 SPD und GRÜNE werden darauf hinwirken, Abwasser-,
140 Straßenreinigungs- und Müllgebühren stabil zu halten.

141 Die Ausgliederung von Aufgaben aus der Verwaltung bzw. Vergabe an
142 private Dritte ist nur dann sinnvoll, wenn sie bei gleichen
143 Qualitätsstandards wirtschaftlicher erbracht werden können oder bei
144 gleichem Mitteleinsatz eine höhere Qualität erzielt werden kann und
145 wichtige Steuerungsfunktionen der Stadt nicht verloren gehen. Dies
146 muss in jedem einzelnen Fall geprüft werden.

147 Das HSK erfordert eine restriktive Investitionspolitik. Allerdings sind
148 sich SPD und GRÜNE darin einig, dass Sanierungs- und
149 Erhaltungsmaßnahmen Vorrang haben und dafür Prioritäten festgelegt
150 werden müssen. Jede Sparmaßnahme ist auch daraufhin zu überprüfen,
151 ob sie langfristig nachhaltig ist.

152 Vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltssanierung gewinnt eine
153 Bürgerbeteiligung auf Basis einer transparenten Darstellung der
154 städtischen Finanzstruktur große Bedeutung, um in der Bevölkerung
155 Akzeptanz und Unterstützung für eine nachhaltige Sanierungspolitik zu
156 erreichen. Daher werden SPD und GRÜNE den Aufbau eines
157 Bürgerbeteiligungsverfahrens weiter betreiben.

158 SPD und GRÜNE verbinden mit der Ablösung des kameralen Haushalts
159 durch das neue kommunale Finanzmodell auch das Ziel einer besseren
160 finanzwirtschaftlichen Transparenz.

161

162 Stadtentwicklung, Wohnen, Bauen, Verkehr

163

164 Stadtentwicklung ist ein ständiger Prozess, der alle Bereiche des
165 gesellschaftlichen Lebens betrifft. Planungen müssen deshalb trans-
166 parent und verständlich sein. Sie müssen öffentlich diskutiert,
167 verbindlich und über einen längeren Zeitraum auch kalkulierbar sein.
168 Voraussetzung dafür ist eine vermehrte konzeptionelle Arbeit in der
169 Stadtentwicklung. Deshalb wollen wir:

- 170 ▪ einen Masterplan für die gesamte Stadt,
- 171 ▪ ein Höhenkonzept für die Innenstadt,
- 172 ▪ ein Hochhauskonzept für die Gesamtstadt,
- 173 ▪ teilträumliche Konzepte
 - 174 ▪ für die Entwicklungsachse Rhein-Bäche-Barbarossaplatz
175 (Waidmarkt),
 - 176 ▪ für Mülheim-Süd, Schanzenstrasse, Keupstrasse
177 Abweichend vom Wettbewerbsergebnis soll das Gebiet nicht als
178 reiner Bürostandort, sondern als integriertes, lebendiges Viertel
179 von Mülheim mit gemischter Nutzung weiterentwickelt werden.
180 Besondere Aufmerksamkeit muss bei der weiteren Planung den
181 Übergängen zu den bestehenden Vierteln zukommen,
 - 182 ▪ für das Rheinufer unter Berücksichtigung der unterschiedlichen
183 Qualitäten, wie Bereiche mit hoher Nutzungsfrequenz und
184 naturnahe, ruhige Bereiche und unter Einbeziehung der
185 Belange des Landschafts- und Naturschutzes mit dem Ziel, die
186 Naherholungsqualität zu steigern;
 - 187 ▪ für den Südlichen Inneren Grüngürtel (EESI);
188
- 189 ▪ Stadtteilentwicklungskonzepte für Sanierungs- und
190 Stadterneuerungsgebiete und für Gebiete in der Stadt, die einem
191 starken strukturellen Wandel unterworfen sind oder durch
192 anstehende Siedlungserweiterungen überprägt werden;
 - 193 ▪ Die Bebauung in Kreuzfeld wird zurückgestellt. Zunächst erfolgt
194 eine konsequente Analyse der sozialräumlichen Situation in
195 Blumenberg.
- 196 ▪ die Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten
197 Stadtteilen erreichen. Es werden auch weiter Mittel für Projekte in
198 den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf bereitgestellt;

- 199 ▪ die Übertragung des Modells der sozialgerechten Bodennutzung
200 (Beispiel München) auf Köln intensiv verfolgen;
- 201 ▪ eine stärker konzeptionelle Arbeit unter Berücksichtigung von:
- 202 ▪ Planungskultur als Instrument der Qualitätssicherung im
203 Städtebau,
- 204 ▪ von Wettbewerben und Mehrfachbeauftragungen,
- 205 ▪ intensiver Bürger/-innenbeteiligung sowie frühzeitiger
206 Beteiligung an Planungen und Konzepten (gilt für alle neuen
207 Planungen und Konzeptentwicklungen);

208

209 Für uns hat die **Innenentwicklung Kölns** erste Priorität. Deshalb
210 wollen wir:

- 211 ▪ im Rahmen der Bauleitplanung GE-Gebiete durch Verdichtung
212 optimieren;
- 213 ▪ Anreize für Umwandlung von Büro- in Wohnimmobilien schaffen;
- 214 ▪ vorrangig die Bebauung von Brachen und Konversionsflächen
215 betreiben;
- 216 ▪ durch maßvolle Nachverdichtung in den Stadtteilen neuen Wohnraum
217 schaffen;
- 218 ▪ die Verwaltung beauftragen, ein Maßnahmenprogramm zu
219 entwickeln, wie die Erschließung von Bauflächen beschleunigt werden
220 kann.

221

222 Wir wollen die **Attraktivität der öffentlichen Räume** in Köln
223 verbessern. Deshalb werden wir:

- 224 ▪ unter dem Titel „**Kölner Plätze**“ ein Programm für kleinere Maßnah-
225 men zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Stadtgestal-
226 tung **in den Stadtteilen** einrichten. Zu den Maßnahmen im ganzen
227 Stadtgebiet gehört die konsequente Entrümpelung öffentlicher
228 Flächen ebenso wie Gestaltungsrichtlinien für Aussengastronomien;
- 229 ▪ dafür Sorge tragen, dass Veranstaltungen auf den Plätzen in der
230 **Innenstadt** über eine angemessene **urbane Qualität** verfügen und
231 bei der Vergabe der Plätze die berechtigten Interessen der Anwohne-
232 rinnen und Anwohner berücksichtigt werden. Im Rahmen des
233 **Platzvergabekonzeptes** werden wir Qualitätsmerkmale erarbeiten
234 und diese konsequent bei Entscheidungen anwenden. Der Fachaus

- 235 schuss erhält einen jährlichen Erfahrungsbericht aller Veranstal-
236 tungen sowie aller Veranstaltungsanfragen;
- 237 ▪ die Verwaltung beauftragen, vorhandene **Werbeflächen**, vor allem
238 an stadtgestalterisch sensiblen Punkten der Stadt (Baudenkmäler),
239 auf stadtgestalterische Verträglichkeit zu überprüfen. Mit der
240 Genehmigung von Werbemaßnahmen soll restriktiver umgegangen
241 werden.

242

243 Wir wollen die **Attraktivität der Innenstadt** verbessern:

- 244 ▪ Besonders untersucht und aufgewertet werden sollen die
245 **Domumgebung** und das Umfeld der romanischen Kirchen.
- 246 ▪ Wir werden eine Entscheidung zum Bau eines Hauses und Museums
247 der Jüdischen Kultur in Köln herbeiführen.
- 248 ▪ Die **archäologische Zone** wird erschlossen und der Öffentlichkeit
249 zugänglich gemacht. Für die Investitionen werden im Zusammen-
250 hang mit der Regionale 2010 Förderanträge beim Land gestellt.
- 251 ▪ Ein weiterer **innerstädtischer Markt** für den täglichen Bedarf wird
252 geschaffen.

253

254 Wir wollen die „**polyzentrische Struktur**“ Kölns stärken, indem wir

- 255 ▪ bei der künftigen Siedlungsentwicklung auf eine klare Definition der
256 Stadtränder achten.
- 257 ▪ die Verwaltung mit der Entwicklung von Leitbildern beziehungsweise
258 Stadtteilentwicklungskonzepten beauftragen für den Ring der vor
259 Jahren eingemeindeten Dörfer, die heute Vorstadtsiedlungen sind.

260

261 Wir wollen Kölns **zusammenhängende Grünzüge** weiterentwickeln.
262 Dies soll geschehen durch:

- 263 ▪ die Vervollständigung des Inneren und Äußeren Grüngürtels, zum
264 Beispiel des Landschaftsparks Belvedere, Eifelwall im Rahmen von
265 Bauleitplanverfahren bei Veränderungen der heutigen Nutzungen;
- 266 ▪ die vorrangige Verwendung von Ausgleichsmitteln, wobei ein
267 hundertprozentiger Ausgleich angestrebt wird;
- 268 ▪ die verbesserte Pflege bestehender Parks und Grünflächen.
- 269 ▪ Baubehörden zulasten von Parks werden abgelehnt

- 270 ▪ Ein Golfplatz in Neu-Brück wird abgelehnt.

271

272 Bereits 2005 haben KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen das Thema
273 „**Wohnen in Köln**“ mit einem umfassenden Ratsantrag wieder auf die
274 Tagesordnung gebracht. Wir setzen uns nachdrücklich für die Versor-
275 gung der Kölner Bevölkerung mit einem ausreichenden Wohnungsan-
276 gebot ein. Dies soll geschehen durch:

- 277 ▪ Die Stärkung der kommunalen Wohnungsunternehmen
- 278 ▪ die konsequente Umsetzung des Wohnungsgesamtplanes 2003 und
279 der ergänzenden Beschlüsse des Rates vom 15.12.2005. Dazu
280 gehört, dass alle Landesmittel zur Förderung des sozialen
281 Wohnungsbaus abgerufen werden und das Liegenschaftsamt die
282 Schaffung preiswerten Wohnraums durch Angebot ausreichender
283 (notfalls verbilligter) Grundstücke unterstützt;
- 284 ▪ die Rabattierung städtischer Grundstücke für den sozialen
285 Wohnungsbau;
- 286 ▪ besondere Anreize für zukunftsweisende Modelle bei der Ausweisung
287 neuer Einfamilienhaussiedlungen;
- 288 ▪ den Bau von Großwohnungen für Wohngemeinschaften, mehr
289 barrierefreie Wohnungen für Ältere und Behinderte, flexible
290 Wohnungsgrundrisse für die verschiedenen Lebensphasen, bzw.
291 unterschiedlichen Lebensmodelle;
- 292 ▪ eine kleinteilige Grundstücksvergabe an Bauherrengemeinschaften,
293 wie sie zum Beispiel in Tübingen praktiziert wird.

294 Mit einem **Aktionsplan** werden wir speziell der Segregation, der Aus-
295 grenzung von Bevölkerungsgruppen, entgegenwirken. Er sieht vor, dass

- 296 ▪ neue Wohngebiete einen gesunden Mix aus Geschosswohnungsbau
297 und Einfamilienhäusern, Miet- und Eigentumswohnungen sowie
298 freifinanzierten und geförderten Wohnungen (mind. 25 Prozent)
299 aufweisen;
- 300 ▪ in Viertel mit einseitiger sozialer Belegung Eigentumsmaßnahmen
301 eingestreut werden;
- 302 ▪ Genossenschaftsgründungen gefördert werden;
- 303 ▪ neue Wohnformen gefördert werden, zum Beispiel altersgemischtes
304 Wohnen, Wohngemeinschaften, Wohnformen, die Arbeiten und
305 Wohnen verbinden, autoarmes Wohnen, Planen mit Bewohnern.

306 ▪ Die Versorgung von Notfällen und Problemgruppen mit adäquatem,
307 modernen Anforderungen entsprechendem Wohnraum muss auf
308 Dauer gesichert und verbessert werden. Dazu sind die notwendigen
309 finanziellen Mittel bereitzustellen. Mit welcher Organisationsform der
310 städtischen Wohnungsversorgung dieses Ziel am Besten erreicht
311 werden kann, ist noch zu klären.

312

313 Wir wollen den **Einzelhandelsstandort Köln** stärken durch

- 314 ▪ die Stärkung der Bezirksgeschäftszentren, indem kleinteilige
315 Strukturen für eine wohnungsnahe, fußläufig erreichbare
316 Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs erhalten werden;
- 317 ▪ den weitgehenden Verzicht auf Kerngebietsausweisungen (MK)
318 zugunsten von Mischgebietsflächen (MI) in Bebauungsplänen;
- 319 ▪ die restriktive Ausweisung von Sondergebieten für den Einzelhandel
320 mit dem Ziel, keinen weiteren Einzelhandel in nicht integrierten
321 Lagen zuzulassen;

322 Zwischen den Kooperationspartnern besteht kein Konsens über die
323 Erweiterung des Rheincenters in Köln-Weiden. Wir streben unabhängig
324 von diesem Einzelfall die Erarbeitung eines Konzeptes an, wie
325 gemeinsam mit dem Umland der weitere Flächenzuwachs im
326 großflächigen Einzelhandel eingedämmt werden kann.

327 Köln braucht einen **Großmarkt** zur Versorgung vor allem kleiner und
328 mittlerer Betriebe aus dem Bereich des Einzelhandels und der
329 Gastronomie. Wie genau ein solcher Großmarkt auszusehen hat, um
330 diesem spezifischen Bedarf gerecht zu werden, soll durch ein Gutachten
331 geklärt werden.

332

333 Eine **gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur** ist für Köln als
334 Großstadt lebensnotwendig. Wir sehen alle Verkehrsarten als gleich-
335 berechtigt an, damit die Mobilität von Personen und Gütern gewähr-
336 leistet wird. Um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Köln
337 zu verbessern, soll die umweltgerechte Mobilität gefördert und die
338 Verkehrsbelastung der Wohngebiete so gering wie möglich gehalten
339 werden. Zur Sicherstellung der Zugänglichkeit zu den unterschiedlichen
340 Verkehrsmitteln und des öffentlichen Raums sind alle Maßnahmen
341 barrierefrei umzusetzen. Im Einzelnen wollen wir:

- 342 ▪ Hemmnisse und Benachteiligungen für **Fußgänger** in der
343 Innenstadt, den Subzentren und Wohnquartieren, zum Beispiel bei
344 der Schaltung von Lichtsignalanlagen, beseitigen.
- 345 ▪ Die Situation für Fußgänger und Radfahrer an Baustellen verbessern.
346 Das **Baustellenmanagement** ist zu optimieren. Direkte Wege-
347 beziehungen sind zu schaffen, Sperrungen und Umwege sollen
348 soweit wie möglich vermieden werden.

349

350 Köln muss fahrradfreundlicher werden. **Fahrräder** gewinnen als
351 schnelle, umweltfreundliche und leise Verkehrsmittel in der Stadt immer
352 mehr an Bedeutung. Dieser Entwicklung soll verstärkt Rechnung
353 getragen werden. Deshalb wollen wir erreichen,

- 354 ▪ dass im Stadtgebiet weitere **Radstationen** entstehen. Die
355 Radstation am Hauptbahnhof hat sich bewährt und ist an diesem
356 zentralen Verkehrsknoten unverzichtbar.
- 357 ▪ dass Radfahrstreifen grundsätzlich auf der Fahrbahn markiert
358 werden.
- 359 ▪ dass im gesamten Stadtgebiet mehr **Fahrradabstellanlagen**
360 aufgebaut werden. Vordringlich sind dabei die Verknüpfungspunkte
361 zum Öffentlichen Nahverkehr zu berücksichtigen. In Wohngebieten
362 sollen Kooperationen mit den Wohnungsgesellschaften intensiviert
363 werden, um auch dort weitere Anlagen zu realisieren.

364

365 Im Bereich des **motorisierten Individualverkehrs** und für die
366 **Straßenunterhaltung** werden folgende Maßnahmen vereinbart:

- 367 ▪ Der **Verkehrsversuch Ringe** soll fortgeführt werden. Voraus-
368 setzung für die Realisierung baulicher Maßnahmen ist die Akzeptanz
369 der betroffenen Gewerbetreibenden und der Anwohner. Das Unter-
370 suchungsgebiet soll erweitert werden auf den Bereich Barbarossa-
371 platz bis Ebertplatz.
- 372 ▪ Bei Straßenbaumaßnahmen hat **Unterhaltung Priorität** vor
373 Neubau.
- 374 ▪ Das Programm „**Kreisverkehre statt Ampeln**“ soll weiter fort-
375 geschrieben werden. Dabei ist in jedem Einzelfall darzustellen, wie
376 die Erfordernisse der Barrierefreiheit gewährleistet werden.
- 377 ▪ Ein Konzept zur **Parkraumbewirtschaftung** ist zu entwickeln, das
378 die unterschiedlichen Bedürfnisse des Zentrums, der Subzentren und

- 379 der Wohngebiete berücksichtigt. Die Kontrolle des ruhenden
380 Verkehrs ist auszuweiten.
- 381 ▪ Die SPD hält den Niehler Gürtel als Verkehrserschließung für
382 notwendig, ist jedoch der Meinung, dass die derzeitige Planung
383 überarbeitet werden muss. Die Grünen befürchten durch den Bau
384 des Niehler Gürtels eine zusätzliche Verkehrsbelastung und lehnen
385 die Planung ab. Dieser Dissens soll im Zusammenhang mit der
386 anstehenden Sanierung der Hochbahn erneut diskutiert und
387 Lösungsalternativen geprüft werden.
 - 388 ▪ Im Rahmen eines Pilotprojektes soll auf der Rheinuferstrasse eine
389 Bus- und Taxispur eingerichtet werden. Der Nutzen wird detailliert
390 untersucht und es erfolgt eine abschließende Bewertung.
- 391
- 392 Der **Öffentliche Personennahverkehr** (ÖPNV) ist eine tragende Säule
393 der großstädtischen Verkehrsabwicklung. Wir wollen den Anteil des
394 ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen steigern. Das ÖPNV-Angebot soll
395 erhalten und ausgebaut werden um neue Fahrgäste zu gewinnen.
- 396 ▪ Im **Stadtbahnnetz** sind dazu vordringlich folgende Strecken zu
397 realisieren: der 3. Bauabschnitt der Nord-Süd-Bahn, die
398 Verlängerung der Linie 7, die Weiterführung der Linie 5 bis zum
399 Coloneum und die Verlängerung der Linie 3 bis Görlinger Zentrum.
400 Im weiteren wird auch die Realisierung des Lückenschlusses auf dem
401 Gürtel und die Rechtsrheinische Ringstrecke angestrebt. Die
402 entsprechenden Trassen sind freizuhalten. Die Signalschaltungen
403 beim vorhandenen Schienenverkehr sollen optimiert werden.
 - 404 ▪ Im Bereich des **Busverkehrs** müssen neue Linien, zum Beispiel die
405 Anbindung des Stadtwaldviertels/Uni-Buslinie, hinsichtlich ihres
406 Verkehrswertes und ihrer Erschließungswirkung priorisiert werden.
407 Bestehende Buslinien sollen mit Blick auf die Bedürfnisse der
408 Fahrgäste optimiert werden, zum Beispiel Madaus-Gelände, Klinik
409 Merheim.
- 410 Grundsätzlich wollen wir den **Einsatz alternativer Energieformen**
411 zum Antrieb der Fahrzeuge im Fuhrpark der Stadt Köln und der
412 städtischen Gesellschaften (insbesondere der KVB) fördern.
- 413

414 Köln braucht neue Impulse für die Wirtschaft

415

416 Kölns wirtschaftliche Situation hat sich durch den tiefgreifenden
417 Strukturwandel deutlich verändert. In Zeiten des globalisierten
418 Wettbewerbs der Städte und chronischer Finanznot stößt herkömmliche
419 Wirtschaftsförderung an Grenzen. Umso wichtiger ist es, über ein
420 unverwechselbares Image, kluges Stadtmarketing und kompetentes
421 Stadtmanagement die Potenziale und Ressourcen Kölns zu entfalten.
422 SPD und GRÜNE wollen durch ihre politischen Initiativen dazu beitragen,
423 Köln als Wirtschaftsmetropole nach vorne zu bringen. Hier kommt dem
424 neu geschaffenen Wirtschaftsdezernat eine herausragende Bedeutung
425 zu. In diesem Zusammenhang ist für SPD und Grüne wichtig, dass
426 Einzelentscheidungen im Kontext der gesamtstädtischen
427 Entwicklungsziele gesehen werden. Investitionen in langfristige
428 Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte haben Vorrang vor -
429 wünschenswerten - isolierten Einzelinvestitionen für kurzfristige
430 Ereignisse. Nachhaltig wirkende Investitionen haben Vorrang vor
431 kurzlebigen eventorientierten Ausgaben.

432

433 SPD und GRÜNE wollen **Kölns Chancen nutzen**, indem sie auf der
434 einen Seite die vorhandenen Stärken durch eine aktive Bestandspflege
435 sichern und auf der anderen Seite die Entwicklungspotenziale Kölns in
436 der Medien- und Kulturwirtschaft, im Multimedia- und
437 Telekommunikationssektor, LifeScience, Umwelttechnologien, den
438 Finanzdienstleistungen, im Handel, in der Logistik, im Messe- und
439 Kongresswesen und im Städtetourismus besser nutzen wollen.

440

441 SPD und GRÜNE werden stärker als bisher wirtschaftliche
442 Innovationspotenziale in der Region durch regionale
443 Entwicklungskonzepte fördern. Handlungsfelder sind zum Beispiel:

- 444 ▪ eine interkommunale integrierte Raumanalyse als Voraussetzung für
445 regional abgestimmte Flächenplanungen,
- 446 ▪ ein regionales Einzelhandelskonzept
- 447 ▪ die Nutzung der Kohäsionspolitik der EU, die ab 2007 neue Chancen
448 für die Region bietet.

449

450 SPD und GRÜNE wollen zukünftig konkrete Projekte und Initiativen zum
451 Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verabreden. Dafür werden

452 sie einen neuen ständigen Wirtschaftsdialog der Kölner
453 Wirtschaftsakteure (Kammern, DGB), der Stadtverwaltung und der
454 Kommunalpolitik fördern und eine verbindliche
455 Kommunikationsplattform schaffen.

456

457 SPD und GRÜNE wollen die mittelständische Wirtschaft stärken, indem
458 sie:

459 ▪ die städtische Wirtschaftsförderung, Planungs- und Investitionspolitik
460 sowie zinsgünstige Kreditprogramme zur Stärkung und Ausbau des
461 Mittelstandes einsetzen.

462 ▪ vor dem Hintergrund der möglichen Neufassung von
463 Vergabegrundsätzen durch das Land NRW prüfen, inwieweit
464 Vergabegrenzen unter Berücksichtigung der Anforderungen an
465 notwendige Korruptionsvermeidung modifiziert werden können,
466 damit regionale mittelständische Unternehmen und das Handwerk
467 bei städtischen Vergaben realistische Wettbewerbschancen haben.

468 ▪ das Sonderstandortprogramm zur Ansiedlung von klein- und
469 mittelständischen Betrieben (KMU) optimieren und um die Förderung
470 von Existenzgründungen erweitern werden.

471

472 Durch die neue Hartz-Gesetzgebung haben sich die Bedingungen und
473 Instrumentarien von kommunaler Beschäftigungsförderung und
474 Arbeitsmarktpolitik erheblich geändert. SPD und GRÜNE wollen auf
475 diese Veränderungen reagieren, indem:

476 kommunale Wirtschaftsförderung und Beschäftigungsförderung enger
477 miteinander verzahnt werden,

478 indem die Wirtschaftsförderung ihre Erkenntnisse über
479 Beschäftigungsperspektiven intensiv mit der ArGe austauscht

480 Der Förderung der Qualifizierung – vor allem von jungen Menschen –
481 wollen SPD und GRÜNE mehr Bedeutung beimessen. Ansatzpunkte
482 dafür sind die städtische Begleitung von Informations- und
483 Imagekampagnen für Berufe mit Zukunft, die nicht zu den typischen
484 Trendberufsbildern gehören, und die Förderung von
485 Ausbildungsverbänden zwischen kleinen und mittleren Unternehmen
486 sowie insbesondere im gewerblich technischen Bereich
487 Ausbildungsverbände zwischen der Stadt und dem Kölner Handwerk.

488 SPD und Grüne werden die Bedingungen für mehr Beschäftigung
489 verbessern, wo immer sich dafür Ansatzpunkte bieten:

490 bei der stärkeren Einbeziehung von Berufspraktikern in das Angebot der
491 Schulen und bei der frühzeitigen Berufsorientierung ab der achten
492 Klasse.

493 bei Qualifizierung, Weiterbildung und lebensbegleitendem Lernen.

494 bei der Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Lokale
495 Bündnis für Familie auf örtlicher Ebene zu nutzen; für städtische
496 Bedienstete geschieht dies durch eine flexiblere Zeitpolitik.

497 Die Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten soll im Rahmen des
498 Netzwerkes Ausbildung weiter unterstützt werden.

499

500 SPD und GRÜNE sind der Auffassung, dass das Know-how der Kölner
501 Forschung und Wissenschaft viel zu wenig in die Wirtschaft vor Ort
502 einfließt. Deshalb werden sie sich für einen beschleunigten
503 **Technologietransfer** einsetzen.

504

505 **Kölns Stärken durch neue Impulse fördern**

506

507 **Medien-** und Kulturwirtschaftswirtschaft sowie der IT-Sektor müssen
508 unsere Markenzeichen bleiben. Nur durch eine intensive Bestandspflege
509 und vorausschauendes Handeln wird Köln seine Stellung halten und
510 ausbauen können.

511 ▪ Notwendig ist eine bessere städtische Unterstützung. Die
512 Voraussetzung dafür ist eine Stärkung der Medienstabsstelle und ihre
513 Anbindung an das neue Dezernat für Wirtschaftsförderung.

514 ▪ Das TV-Festival Cologne Conference und der Deutsche Fernsehpreis
515 sollen weiterhin an Köln gebunden werden. Für das Medienforum
516 NRW ist Köln der prädestinierte Standort.

517 ▪ Die Fortentwicklung der polyzentrischen Standortstruktur für die
518 Medien- und Kulturwirtschaft mit den Standorten Mediapark,
519 Belgisches Viertel, Rheinauhafen, Medienzentrum Mülheim und
520 Medienzentrum Ossendorf wird vorangetrieben.

521 SPD und GRÜNE unterstützen – wie auch für andere
522 Dienstleistungsbereiche - Mischformen von Arbeiten und Wohnen.

523 ▪ SPD und GRÜNE unterstützen das AV-Gründerzentrum NRW in Köln-
524 Mülheim.

525 ▪ SPD und GRÜNE werden die Initiative für einen zweiten
526 Kulturwirtschaftsbericht ergreifen.

- 527 SPD und GRÜNE fördern den „Medien- und Informationstechnologie-
528 Rat“ als Impulsgeber für weitere Vorhaben.
529
- 530 SPD und GRÜNE befürworten die Förderung von **I + K-Technologien** als
531 Innovations- und Schlüsseltechnologien für Wirtschaft, Wissenschaft,
532 Bildung und Gesellschaft. Von einem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz
533 erhoffen wir uns wichtige Impulse für die Kölner Wissenschaft und durch
534 die Generierung von Pilotanwendungen auch für Kölner Wirtschaft.
535
- 536 Köln braucht beides: eine starke **Industrie** und die Stärken des
537 **Dienstleistungsstandortes**.
- 538 Deshalb unterstützen SPD und GRÜNE eine aktive Bestandspflege der in
539 Köln angesiedelten Industrieproduktion.
- 540 Das Branchenforum Industrie ist eine wichtige
541 Kommunikationsplattform. SPD und GRÜNE sprechen sich für eine
542 Evaluation des Branchenforums aus, um es besser zu nutzen.
- 543 SPD und GRÜNE wollen auch mit der Industrie verbundene
544 Dienstleistungen fördern. Dazu gehört z.B. auch der Verbund von
545 Technische Überwachung, Zulassungsstelle, Werkstätten und
546 Autohandel an einem Standort.
- 547 In der Kölner Region finden wir eine Verbundstruktur, die alle
548 wesentlichen Bereiche der Grundstoffchemie abdeckt. Von dem Bau der
549 Propylenpipeline erhoffen sich SPD und GRÜNE neue
550 Wachstumsimpulse. Darüber hinaus wollen wir im Branchenforum
551 Industrie die möglichen Synergieeffekte zu anderen Branchen stärker
552 nutzen.
- 553 SPD und GRÜNE unterstützen die Entwicklung von **Zukunftsbranchen**,
554 wie sie vor allem die Initiativen BioCologne und Bioriver repräsentieren.
555 Dies beinhaltet auch den BioCampus auf dem ehemaligen Nattermann-
556 Gelände in Bocklemünd und den Aufbau eines Gesundheitsclusters in
557 Köln.
- 558 Die Kölnmesse steht im verschärften Wettbewerb. Verdrängungsdruck
559 bestimmt den inländischen **Messemarkt**. SPD und GRÜNE werden die
560 Kölnmesse dabei unterstützen neue Potenziale zu erschließen und
561 prüfen, inwieweit privatwirtschaftliches Know-how bei der Führung des
562 Messe-Betriebs notwendig ist und eingebunden werden soll.
- 563 SPD und GRÜNE werden Planungen für ein bedarfsgerechtes und
564 wettbewerbsfähiges Kongresszentrum im unmittelbaren Umfeld der

565 Koelnmesse weiterverfolgen. Ein solches Vorhaben ist aber nur durch
566 privatwirtschaftliches Engagement realistisch.

567 Die Orientierung von Marketing und Werbung durch **KölnTourismus**
568 auf die Zielgruppe lesbischer und schwuler TouristInnen wird mit einer
569 langfristigen Perspektive über die „Gay Games 2010“ hinaus weiter
570 verstärkt und die Zusammenarbeit mit der schwulen Kölner Community
571 intensiviert.

572 SPD und GRÜNE unterstützen die Erkundung und Nutzung von
573 **Zukunftsenergien** (regenerative Quellen, H2-Initiative NRW).

574

575 Die Verteuerung der Energiekosten belastet insbesondere kleine und
576 mittlere Unternehmen. SPD und GRÜNE sehen eine Entlastung darin,
577 dass die von Bund, Land und Energieversorgern aufgelegten
578 Energieeinsparmaßnahmen von den Unternehmen stärker genutzt
579 werden. Die Beratung dafür soll intensiviert werden.

580

581 Eine Stadt lebt von einem reibungslos funktionierenden
582 **Wirtschaftsverkehr**. SPD und Grüne wollen deshalb, dass

- 583 ▪ die Kölner Güterverkehrssysteme in regionale und überregionale
584 Netze eingebunden werden. Bestehende Gleisanschlüsse und –
585 anlagen für den Güterverkehr sind zu erhalten oder zu reaktivieren.
- 586 ▪ bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete Gleisanschlüsse mit hoher
587 Priorität geplant und realisiert werden.
- 588 ▪ eine Konzepts zur Nahversorgungslogistik entwickelt wird.
- 589 ▪ Köln noch besser an den überörtlichen modernen Schienenverkehr
590 angebunden wird.
- 591 ▪ der KLV-Terminals in Köln-Niehl und weiterer Terminals dieser Art
592 errichtet werden.

593

594 Die vom Rat in 2004 getroffenen Beschlüsse für ein neues
595 **Frischelogistikzentrum** und die damit verbundene Verlagerung des
596 Großmarktes werden von SPD und GRÜNEN unterstützt und
597 weiterverfolgt.

598

599 Zum geplanten **Ausbau des Godorfer Hafens** soll den Beschlüssen im
600 Hauptausschuss entsprechend verfahren werden.

601

602 Die Bedeutung des **Flughafens Köln/Bonn** für die wirtschaftliche
603 Entwicklung der Region ist unbestritten. SPD und GRÜNE sind sich
604 bewusst, dass moderne Flughafenpolitik einen tragfähigen
605 Interessensausgleich zwischen der Entwicklung des Flughafens
606 einerseits und den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der
607 Bevölkerung andererseits sicherstellen muss.

608 SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass der Flughafen Köln/Bonn
609 auch zukünftig zumindest mehrheitlich in öffentlichem Eigentum
610 verbleiben soll, um so den öffentlichen Einfluss auf zukünftige
611 Entwicklungen ausüben zu können.

612

613 SPD und GRÜNE wollen die **Bezirksgeschäftszentren** stärken, indem:

- 614 ▪ die Etablierung von „Business Improvement Districts“ geprüft wird.
- 615 ▪ Wochenmärkte als belebende, die Urbanität fördernde Elemente mit
616 wichtiger Versorgungsfunktion in den Stadtteilen fortbestehen und
617 entwickelt werden können. Darin wird eine Aufgabe der
618 Wirtschaftsförderung gesehen.
- 619 ▪ das Nahversorgungskonzept in Form eines Einzelhandelskonzeptes
620 überarbeitet werden soll.

621 Die „Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach
622 Ladenschlussgesetz“ hat sich in der Praxis im wesentlichen bewährt und
623 soll fortgeführt werden. Ein wichtiges Ziel für die Bildung der
624 Konsensrunde bestand aus Sicht des Rates darin, die Attraktivität der
625 Vororte und Stadtbezirkzentren gegenüber den Interessen des City-
626 Einzelhandels zu stärken und einen Interessensausgleich zu erzielen.
627 SPD und GRÜNE wollen dieser Zielsetzung weiter Geltung verschaffen
628 und qualitative Kriterien für die Genehmigung von Sonderöffnungszeiten
629 für Sonntagsveranstaltungen prüfen.

630

631 Aktives und nachhaltiges Flächenmanagement

632

633 Neben dem Planungsrecht sind Ankäufe und Veräußerungen von
634 städtischen Liegenschaften wichtige Instrumente, um die Siedlungs-
635 entwicklung einer Stadt zu steuern, neue Wohn- und Gewerbegebiete
636 zu erschließen. Dazu gehört der rechtzeitige Erwerb von
637 Schlüsselgrundstücken und eine Bodenbevorratung, die Spielräume für
638 künftige Entwicklung schafft bzw. erhält.

639 SPD und GRÜNE werden dabei folgende Instrumente fördern und
640 Maßnahmen initiieren:

641 ▪ Ziel ist es, in der Summe das Potenzial an Industrieflächen zu
642 erhalten.

643 SPD und GRÜNE sehen die Notwendigkeit, dass die bestehenden
644 Industrieflächen vor allem Industriebetrieben vorbehalten bleiben.
645 Um dem drohenden Ausverkauf an Kölner Industrieflächen
646 vorzubeugen, müssen neue Flächenausweisungen frühzeitig und
647 intensiv mit der Landesplanung abgestimmt werden.

648 Insgesamt gilt: SPD und GRÜNE erwarten eine aktivere und
649 offensivere Vermarktung von GI-Flächen, z.B. das Esso-Gelände.

650 ▪ Flächenmanagement zum Beispiel durch:

651 ▪ Gründung eines revolvingierenden Grundstücksfonds

652 ▪ Bodenbevorratungskonzept und –Controlling auch mit dem Ziel
653 eines sparsamer Flächenverbrauchs

654 ▪ Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen

655 ▪ Vorrang für Innenentwicklung

656 ▪ vermehrte Vergabe von Grundstücken auf Erbbaurechtsbasis

657

658 ▪ Abgrenzung und transparente Regelung der Liegenschaftspolitik
659 zwischen dem Liegenschaftsamt und der Gebäudewirtschaft;
660 Bestandsaufnahme und Darstellung des Grundstücksportfolios der
661 Gebäudewirtschaft.

662 ▪ Bei der Verpachtung städtischer Flächen für landwirtschaftliche
663 Nutzungen soll weiterhin die Durchführung gentechnischer
664 Freilandversuche ausgeschlossen werden. Bestehende Verträge
665 sollen entsprechend angepasst werden. Gegenüber städtischen
666 Beteiligungsgesellschaften soll darauf hingewirkt werden, analog zu
667 handeln.

668 Umwelt, Grün, Abfallwirtschaft, Gesundheit, Kliniken

669

670 Wir wollen **natürliche und naturnahe Flächen** im gesamten Stadt-
671 gebiet fördern und schützen. Dazu wollen wir Folgendes erreichen:

- 672 ▪ Der innere und der äußere **Grüngürtel** sollen vervollständigt
673 werden. In diesem Zusammenhang soll ein Entwicklungskonzept für
674 den inneren Grüngürtel erarbeitet werden.
- 675 ▪ Baustelleneinrichtungen dürfen nur noch in begründeten Ausnahmen
676 in Grünräumen eingerichtet werden.
- 677 ▪ Die Entsiegelung weiterer **Mittelalleen** wird in enger Abstimmung
678 mit den Anwohnern vorangetrieben. Für die hierbei wegfallenden
679 Parkplätze sind entsprechende Lösungen zu schaffen (beispielsweise
680 durch Car-Sharing).
- 681 ▪ Das Entwicklungskonzept für die **Rheinufer** wird unter Einbeziehung
682 der Belange des Landschafts- und Naturschutzes erarbeitet.
- 683 ▪ **Flora und Botanischer Garten** sollen dauerhaft erhalten bleiben.
684 Dazu notwendige Konzepte müssen berücksichtigen, dass die Ein-
685 richtungen in ihrer Bedeutung als Erholungsraum nicht beeinträchtigt
686 werden und weiterhin für die Öffentlichkeit frei nutzbar bleiben.
- 687 ▪ Die in der **Baumschutzsatzung** enthaltene Anhebung des Mindest-
688 umfanges von geschützten Bäumen auf 100 cm wird herabgesetzt.
689 Dies geschieht unter Berücksichtigung des Prüfberichtes 2005 des
690 Rechnungsprüfungsamtes. Um mögliche Mehrkosten der Verwaltung
691 zu refinanzieren, soll eine Erhöhung der entsprechenden Gebühren
692 und Bußgelder geprüft werden.
- 693 ▪ Unter Berücksichtigung des durch das HSK gesetzten finanziellen
694 Rahmens soll der Ersatz aller fehlenden und noch zu fällenden
695 **Straßenbäume** erfolgen. Nachpflanzungen sollen grundsätzlich
696 möglichst standortnah erfolgen.

697

698 Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und einer **ressourcen-**
699 **schonenden Flächenpolitik** wollen wir brach gefallene oder minder
700 genutzte Flächen wieder nutzen. Hierzu wollen wir für das gesamte
701 Stadtgebiet systematisch Altstandorte auf ehemals gewerblich oder
702 militärisch genutzten Flächen erfassen lassen. Dieses Kataster soll um
703 Daten aus den Bereichen Artenschutz und Immissionsschutz ergänzt

704 werden. Mit dem Ziel der Vernetzung von Ökologie und Ökonomie sollen
705 diese Informationen für Investoren oder Bauherren abrufbar sein.

706 Wir wollen **reine Luft und weniger Lärm** für die Menschen, die in Köln
707 leben und arbeiten. Für dieses Ziel

- 708 ▪ werden wir darauf drängen, dass die EU-Richtlinien zur Luftrein-
709 haltung und Lärminderung in Köln zügig umgesetzt werden.
- 710 ▪ Unterstützen wir zur Reduktion von Feinstaubemissionen die Nutzung
711 alternativer Antriebsformen. Die Stadt Köln und ihre Beteiligungs-
712 gesellschaften nehmen in diesem Sinne eine Vorbildfunktion ein.

713

714 Wir wollen eine verantwortungsvolle und nachhaltigen **Energiepolitik**
715 für Köln. Deshalb sollen

- 716 ▪ möglichst viele Mittel aus den Förderprogrammen der Bundesregie-
717 rung „CO²-Gebäudesanierung“, „Wohnraum Modernisieren“ und
718 „Ökologisches Bauen“ zur Sanierung des Kölner Wohnungsbestandes
719 genutzt werden;
- 720 ▪ sollen zur rationellen Energieerzeugung - neben der Verdichtung des
721 bestehenden Fernwärmenetzes - verstärkt Blockheizkraftwerke und
722 Brennstoffzellen als Nahwärmeinseln zum Einsatz kommen;
- 723 ▪ sollen für Neubaugebiete, Stadtsanierungs- und Erneuerungsgebiete
724 problem- und räumlich orientierte Energiekonzepte entwickelt
725 werden. Bei Wohngebäuden der GAG werden energetische Muster-
726 sanierungen analog der Solarsiedlung „Am Bilderstöckchen“
727 angestrebt.

728

729 Angesichts der zunehmenden Zahl von Lebensmittelskandalen wollen
730 wir die Kölnerinnen und Kölner effektiv schützen. Deshalb

- 731 ▪ wird die städtische **Lebensmittelkontrolle** zum Schutz der Kölner
732 Bürgerinnen und Bürger bedarfsgerecht weiterentwickelt;
- 733 ▪ wird die finanzielle Unterstützung der **Verbraucherberatungsstelle**
734 fortgesetzt;
- 735 ▪ werden wir veranlassen, dass auf stadteigenen verpachteten Flächen
736 grundsätzlich **keine gentechnisch veränderten Pflanzen** zu
737 kommerziellen Zwecken angebaut werden dürfen. Dasselbe Prinzip
738 gilt auch für verpachtete Flächen der städtischen Beteiligungsgesell-
739 schaften. Bestehende Verträge sind dementsprechend nach und nach
740 anzupassen.

741

742 Durch eine konsequente Anwendung des Verursacherprinzips wollen wir
743 die **„Vermüllung“ Kölns weiter reduzieren**. Dazu werden:

- 744 ▪ eine den Delikten angemessene Erhöhung der Buß- und Ordnungs-
745 gelder bei Umweltvergehen (wie wilde Müllablagerungen) erfolgen;
- 746 ▪ der Ratsbeschluss vom 31.01.2002, alle Reinigungsleistungen
747 möglichst in eine Hand (der AWB) zu geben, vollständig umgesetzt;
- 748 ▪ im Grünflächenbereich und an Spielplätzen mehr und geeignetere
749 Abfallbehälter aufgestellt. Durch ein verstärktes bürgerliches
750 Engagement, zum Beispiel durch Patenschaften für Spielplätze,
751 Bäume und Grünflächen, werden diese Maßnahmen ergänzt.

752

753 Wir wollen Lösungen für ein **gerechteres Abfallgebührensysteem**
754 finden. Dabei sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

- 755 ▪ Der Anreiz zur Müllvermeidung soll durch die Senkung des vorzu-
756 haltenden Mindestvolumens bei der grauen Tonne gestärkt werden.
- 757 ▪ Es soll geprüft werden, ob gerechtere Gebühren möglich sind, indem
758 zur Finanzierung der sonstigen Serviceleistungen (wie Sperrmüll-
759 entsorgung, Littering, Entsorgung von wilden Müllablagerungen) ein
760 Sockelpreis eingeführt wird.
- 761 ▪ Die Paragraphen der Abfallsatzung zum Verbot der Nachsortierung
762 und der Zusatzgebühr für Müllschleusen werden überprüft.
- 763 ▪ Organisationen aus dem zweiten Arbeitsmarkt werden verstärkt in
764 das Recyceln von Möbeln, Hausrat, Fahrrädern usw. einbezogen.
- 765 ▪ Es sollen verschiedene Varianten geprüft werden, damit alle Bürger,
766 auch wenn der Vermieter keine blaue Tonne bereit stellt, Papier der
767 Verwertung zuführen können. Weiterhin soll eine ergebnisoffene Prü-
768 fung zusätzlicher Möglichkeiten zur Abgabe von Wertstoffen erfolgen.

769 Die Kooperationspartner sind sich darin einig, dass alle Maßnahmen im
770 Ergebnis aufkommensneutral für den Gebührenhaushalt sein müssen.

771

772 Wir wollen die **qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung**
773 der Kölner Bevölkerung erhalten und weiterentwickeln. Das Spektrum
774 an niederschweligen Angeboten wird gesichert. Der Erhalt der
775 Trägervielfalt ist hierbei unverzichtbar;

776 Wir

777

- 778 ▪ wollen die Beratung für Medikamenten –und Alkoholabhängige
779 sicherstellen und bedarfsgerecht weiterentwickeln;
- 780 ▪ setzen uns dafür ein, die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von
781 Hilfe und **Beratung für Schwangere, Mütter und Familien** zu
782 erhalten;
- 783 ▪ halten den Erhalt beziehungsweise die **Sicherung des**
784 **Gesundheits-/Drogenkonsumraums** für unerlässlich. Die
785 Fortführung einer intelligenten Drogenpolitik durch einen zweiten
786 Drogenkonsumraum (möglichst rechtsrheinisch) halten wir für
787 wünschenswert. Nach einer Evaluierung der bisherigen Praxis und
788 unter Berücksichtigung der Haushaltslage werden hierüber weitere
789 Gespräche geführt;
- 790 ▪ werden das bisherige **Heroinmodellprojekt** (Heroinabgabe an
791 schwerst Drogenabhängige) fortsetzen, sofern die gesetzlichen
792 Rahmenbedingungen dies ermöglichen;
- 793 ▪ werden die bisherigen Haushaltsansätze für eine Neujustierung des
794 Präventions-, Beratungs- und Betreuungssystems für **HIV-Infizierte**
795 angesichts steigender Neuinfektionszahlen beibehalten
- 796 ▪ Wir wollen vor dem Hintergrund, dass die stationäre
797 Krankenhausversorgung zu den unverzichtbaren Aufgaben der
798 Daseinsvorsorge einer Stadt gehört, die **städtischen Kliniken** der
799 Stadt Köln gGmbH in kommunaler Trägerschaft weiterführen und
800 ihre zukünftige Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten..

801

802

803 Soziales, Beschäftigungsförderung, Integrations-
804 politik, Flüchtlingspolitik

805

806 Wir wollen das System der Sozialen Hilfen und der Beschäftigungs-
807 förderung ausbauen, die Teilhabe der betroffenen Menschen am
808 gesellschaftlichen Leben verbessern, Selbsthilfepotentiale und
809 Eigenverantwortung fördern. Dazu werden wir

- 810 ▪ einen **Mobilitätspass** für alle SGB XII- und SGB II- Leistungs-
811 bezieherinnen und -bezieher mit einer 50-prozentigen Ermäßigung
812 für den öffentlichen Nahverkehr in Köln für die 4-Streifen-Tickets und
813 das Monatsticket ohne 9.00 Uhr-Beschränkung einführen;
- 814 ▪ Vergünstigungen für alle Bezieherinnen und –bezieher von SGB XII-
815 und SGB II- Leistungen beim Eintritt in städtische und stadtnahe
816 Einrichtungen für Sport, Freizeit und Kultur einführen;
- 817 ▪ die komplementären flankierenden Leistungen (Sucht- und
818 Schuldnerberatung und psychosoziale Beratung) bedarfsgerecht
819 ausbauen;
- 820 ▪ Angebote aus dem **Jobbörseprogramm** bürgernah erbringen und
821 dort, wo das Netz dünn ist, werden wir dieses beispielsweise durch
822 Außenstellen ausbauen. Die Jobbörsen, einschließlich der „Pro-
823 Veedel-Jobbörsen“, bleiben erhalten;
- 824 ▪ die Durchlässigkeit von SGB XII- zu SGB II-Leistungen fördern, also
825 auch für die SGB XII-Leistungsbezieherinnen und –bezieher weiterhin
826 und verstärkt geeignete Hilfen zur **Integration in den Arbeits-**
827 **markt** erhalten;
- 828 ▪ aus Arbeitsgelegenheiten modellhaft Arbeitsplätze im 1. Arbeitsmarkt
829 schaffen. Die Fördermöglichkeiten des Bundes wie Entgeltvariante
830 oder andere Zuschüsse sind auszuschöpfen, soziale
831 Wirtschaftsbetriebe werden gestärkt;
- 832 ▪ strukturelle **Probleme der ArGe Köln angehen** und damit den
833 Abfluss der vom Bund bereitgestellten Integrationsmittel verbessern.
834 Dies geschieht insbesondere durch die Unterstützung der örtlichen
835 Regie und Federführung der ArGe durch die Kommune, bei Verbleib
836 der Finanzverantwortung beim Bund. In diesem Zusammenhang wird
837 die Schaffung einer zentralen Zugangssteuerung bei Neufällen
838 sowohl im U25- als auch im Erwachsenenbereich zur unmittelbaren,
839 aktivierenden Hilfe geprüft;

- 840 ▪ die städtische Verlustabdeckung für die Kölner Gesellschaft für
841 Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) wird abgebaut, um
842 gleiche Bedingungen für alle Beschäftigungsträger in Köln
843 herzustellen.
844

845 Wir wollen **Bürgerschaftliches Engagement** und sozialraum-
846 orientierte Sozialpolitik ausbauen und weiterentwickeln sowie weiterhin
847 stadtweite **soziale Programme** neben sozialraumorientierten
848 Angeboten unterstützen. Dazu werden wir:

- 849 ▪ das „Netzwerkes Bürgerschaftliches Engagement“ unter besonderer
850 Berücksichtigung der Beteiligungsrechte der Bürgerschaft inhaltlich
851 und strukturell sichern und stärken;
- 852 ▪ die langjährigen Erfahrungen der bestehenden, in Sozialräumen
853 vernetzten Angebote in die laufende „neue Sozialraumarbeit“
854 einfließen lassen, vorhandene Gemeinwesenarbeits-Strukturen
855 fortentwickeln, solange sie noch nicht in ein Sozialraumangebot
856 neuer Art übergegangen sind.

857

858 Wir wollen die Arbeit aller **Bürgerzentren und –häuser** als Kommuni-
859 kationszentren des jeweiligen Stadtteils langfristig sicherstellen und die
860 noch verbliebenen städtischen Zentren optimieren. Dazu werden wir:

- 861 ▪ Ziel- und Leistungsvereinbarungen umsetzen;
- 862 ▪ die Organisationsform der städtischen Zentren unter städtischer
863 Regie überprüfen;
- 864 ▪ die Möglichkeit der Entwicklung eines Bürgerzentrums in ein
865 Mehrgenerationenhaus als Freizeit- und Begegnungsstätte prüfen.

866

867 Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und freien
868 Trägern festigen und die Arbeit der in allen Bereichen des Kölner Hilfe-
869 systems qualifiziert tätigen **freien Träger** sichern. Dazu werden wir:

- 870 ▪ die Zusammenarbeit stetig weiter modernisieren und Leistungs-
871 vereinbarungen abschließen;
- 872 ▪ Hilfen für Menschen in Notfällen weiter entwickeln, insbesondere den
873 verstärkten Einsatzes des **mobilen Gesundheitsdienstes** prüfen.

874

875 Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe der **Menschen mit Behinde-**
876 **rung** am gesellschaftlichen Leben in Köln erreichen und die Arbeit der

- 877 „Stadt-Arbeitsgemeinschaft (StadtAG) Behindertenpolitik“ als wichtiges
878 Fundament dieser Aufgabe stärken. Dazu werden wir
- 879 ▪ eine verbesserte Geschäftsführung der StadtAG Behindertenpolitik
880 einrichten;
 - 881 ▪ eine/n **Behindertenbeauftragte/n** im Dezernat Soziales und
882 Senioren für Köln einsetzen, deren / dessen Tätigkeit in die
883 Verwaltung einwirken, den Prozess der zunehmenden Barrierefreiheit
884 in Köln begleiten und die Kompetenzen in der Verwaltung entwickeln
885 helfen beziehungsweise stärken soll.
- 886
- 887 Die bestehenden ausgebauten **Schwulen- und Lesben**-Projekte wie
888 zum Beispiel „anyway“ und „schwul-lesbisches Seniorennetzwerk“
889 werden stabilisiert.
- 890
- 891 Wir wollen die Angebote für **Seniorinnen und Senioren** bedarfs-
892 gerecht und zielgruppenspezifisch ausbauen und auch weitere Lösungen
893 für kurzfristige Notsituationen schaffen. Dazu werden wir:
- 894 ▪ Die Angebote der **offenen Altenarbeit** perspektivisch in Senioren-
895 netzwerke einbinden und die bestehenden Netzwerke unterstützen;
 - 896 ▪ den „Plan für ein seniorenfreundlichen Köln“ aus 2001/02 umsetzen;
 - 897 ▪ die Zentren für Senioren und Behinderte der Stadt Köln (SBK) in eine
898 gGmbH umwandeln;
 - 899 ▪ die Angebote für **pflegebedürftige Menschen** entsprechend der
900 Pflegekonferenz von Dezember 2005 weiterentwickeln, mit dem Ziel,
901 die Bedarfssituation spezieller Zielgruppen zu berücksichtigen;
 - 902 ▪ auf die **Überleitungspflege** (Übergang vom Krankenhaus zurück in
903 die eigene Wohnung) ein besonderes Augenmerk legen, da durch die
904 Sparvorgaben im Gesundheitswesen die Verweildauer im Kranken-
905 haus immer weiter gekürzt wird und eine Unterversorgung der
906 „Entlassenen“ möglichst vermieden werden muss.
- 907
- 908 Wir wollen die Integration von **Migrantinnen und Migranten** in unsere
909 Kölner Gesellschaft weiter fördern. Dazu werden wir
- 910 ▪ das interkulturelle Maßnahmenprogramm zur Integration
911 fortschreiben (Integrationsoffensive);
 - 912 ▪ die Steuerung der Integration der Migrantinnen und Migranten als
913 Querschnittsaufgabe in der Verwaltung durch das **Interkulturelle**

- 914 **Referat** verbessern und mögliche Synergien und Kooperations-
915 möglichkeiten in der städtischen Migrationsarbeit etwa im Bereich
916 der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugend-
917 lichen aus Zuwandererfamilien (RAA) der Stadt Köln überprüfen;
- 918 ▪ die Ausbildungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten
919 insbesondere in der Stadtverwaltung verbessern;
- 920 ▪ die Förderung der **interkulturellen Zentren** neu ausrichten. Wir
921 werden dazu Qualitätsstandards mit Schwerpunkt auf inhaltliche
922 Arbeit, Größe, Zielgruppen und Offenheit entwickeln. Bürgerschaft-
923 liches Engagement und Selbsthilfepotenziale werden dabei besonders
924 berücksichtigt;
- 925 ▪ das **Sprachförderkonzept** kontinuierlich anpassen;
- 926 ▪ den Bau einer **repräsentativen Moschee** an der Venloer Straße
927 unterstützen. Sowohl das Gotteshaus als auch die Angebote im
928 sozialen und kulturellen Bereich müssen für Muslime und Nicht-
929 Muslime offen sein;
- 930 ▪ die **Antidiskriminierungsarbeit** der Stadt weiter unterstützen. Die
931 Kompetenz der Antidiskriminierungsbeauftragten ist zu stärken und
932 weiterzuentwickeln;
- 933 ▪ Integration auch durch Stärkung des interreligiösen Dialoges fördern.
- 934
- 935 Wir setzen uns für einen **gesicherten Aufenthalt** und erleichterte
936 Arbeitsaufnahme für Kölner Flüchtlinge ein. Dazu werden wir
- 937 ▪ die Arbeit des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen weiter unter-
938 stützen sowie die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von
939 Flüchtlingen weiter umsetzen;
- 940 ▪ darauf hinwirken, die Befristung der einzelnen Bescheinigung der
941 Duldung bzw. die befristete Aufenthaltserlaubnis auf den längst
942 möglichen Zeitraum auszustellen;
- 943 ▪ uns weiter für eine an klare Voraussetzungen geknüpfte, schnelle
944 Bleiberechtsregelung für langzeitgeduldete Flüchtlinge einsetzen.
945 Nachdem die Innenministerkonferenz den dringenden Handlungs-
946 und Regelungsbedarf anerkannt hat, sind alle Möglichkeiten
947 auszuschöpfen, für die Betroffenen bis zur Entscheidung auf Bundes-
948 /Landesebene einen gesicherten Aufenthalt zu schaffen.;
- 949 ▪ für die weitere Fortsetzung des Stufenkonzeptes für gefährdete
950 Kinder und Jugendliche unter den Flüchtlingen eintreten;

-
- 951 ▪ die **Einrichtung und Arbeit der ausländischen Beratungs-**
952 **kommission** mit empfehlendem Charakter gegenüber der
953 Ausländerbehörde im Sinne des Ratsbeschlusses nachdrücklich
954 unterstützen;
- 955 ▪ Maßnahmen zur Vermeidung von Nachbarschaftskonflikten
956 weiterentwickeln;
- 957 ▪ die Integration von Flüchtlingen und Aussiedlern als intensive
958 **Vorbereitung auf die Arbeitsaufnahme** unter anderem durch
959 mehr Sprachförderung verbessern, insbesondere durch
960 Eingliederungsvereinbarungen mit der ARGE, als Kombination
961 beruflicher und psychosozialer Hilfen sowie intensive Fallbegleitung;
- 962 ▪ den ungehinderten Zugang der unbegleiteten minderjährigen
963 Flüchtlinge zu allen **Jugendhilfemaßnahmen** erhalten;
- 964 ▪ eine städtische empirische Untersuchung durchführen und erste
965 Handlungsempfehlungen für „**Menschen ohne Papiere**“ entwickeln,
966 um sie aus der Illegalität herauszuholen. Dies geschieht in
967 Verantwortung für diesen Personenkreis, der seine Interessen
968 öffentlich nicht wahrnehmen kann, aber auch in Verantwortung für
969 die Kölner Bürgerinnen und Bürger.
- 970
- 971

972 Kunst und Kultur

973

974 Kunst und Kultur sind kein Selbstzweck, sondern **unverzichtbares Gut**
975 einer offenen, gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft. Wir setzen
976 uns für ein hochwertiges und vielfältiges Kulturangebot ein. Deshalb

977 ▪ werden wir uns beim Land für eine finanzielle Unterstützung von
978 überregional bedeutsamen Kultureinrichtungen (wie z.B. Museum für
979 ostasiatische Kunst, Völkerkundemuseum, NS-Dok-Zentrum)
980 einsetzen. Ziel ist, Kölns Attraktivität als kulturelles Oberzentrum zu
981 halten.

982 ▪ wollen wir eine **fortschreibungsfähige Standortbestimmung** für
983 alle Bereiche der Kunst, Kultur und der Medien sowie zu Strukturen
984 und Entwicklungspotenzialen der städtischen Institutionen und der
985 freien Szene. Zu diesem Zweck soll ein **Kulturentwicklungsplan** im
986 engen Austausch mit den Kulturschaffenden dieser Stadt erarbeitet
987 werden. Der für Sommer 2006 angekündigte Kulturbericht für die
988 freie Szene und die folgenden der nächsten Jahre sollen hierbei als
989 Berichts- und Evaluierungsinstrument dienen;

990 ▪ setzen wir uns für eine **dezentrale Struktur** kultureller Angebote
991 ein und bekennen uns zum Erhalt der Zentralbibliothek und einer
992 Bibliothek in jedem Stadtbezirk.

993

994 Wir wollen Kunst und Kultur in Köln gezielt und unter Berücksichtigung
995 von Qualitätsaspekten fördern. Daher

996 ▪ sollen für alle Kulturbereiche Förderkonzepte vorgelegt werden. Ein
997 **Musikförderkonzept** soll vorgezogen und beschlossen werden;

998 ▪ werden wir uns für die Erhaltung und zusätzliche Schaffung von
999 **Atelier- und Ausstellungsräumen** in neuen Formen von privater
1000 und öffentlicher Zusammenarbeit einsetzen. Erbpachtmodelle sind
1001 hierbei vorrangig zu prüfen. Die Entwicklung des Clouth-Geländes
1002 wird in diesem Sinne exemplarisch begleitet;

1003 ▪ Die Kulturverwaltung soll in Richtung eines **Kulturbüros** entwickelt
1004 werden mit dem Ziel, das Service- und Dienstleistungsangebot für
1005 die freie Kulturszene zu stärken und die Vernetzung der freien
1006 Kulturszene mit den städtischen Institutionen zu optimieren.

1007

1008 **Oper, Schauspiel und Tanz** gehören zwingend zum kulturellen
1009 Angebot eines Oberzentrums. Wir wollen, dass dieses Angebot in
1010 ansprechenden und modernen Spielstätten präsentiert werden kann.
1011 Wir setzen uns vorbehaltlich der Klärung der Finanzierung dafür ein,
1012 Oper und Schauspielhaus im erforderlichen Rahmen am Offenbachplatz
1013 zu erneuern. Bei der Planung werden Möglichkeiten der Unterbringung
1014 für die Kinderoper und einen theatergeschichtlichen Ausstellungsraum
1015 geprüft.

1016

1017 **Neustrukturierung der Kölner Kultureinrichtungen**

1018 Wir wollen die städtischen Kultureinrichtungen zukunftssicher machen
1019 Die Kooperationspartner befürworten die Optimierung der
1020 Arbeitsbedingungen der Einrichtungen, insbesondere die Entwicklung
1021 einer gemeinsamen Perspektive für alle Kölner Museen. Bei der Prüfung
1022 neuer Rechts-/Betriebsformen ist eine Abkopplung von den politischen
1023 Entscheidungsgremien zu vermeiden.

1024

1025 **Erweiterung Stadtmuseum**

1026 Vor einer Entscheidung über die Realisierung der Erweiterung des
1027 Stadtmuseums erwarten die Kooperationspartner von der Verwaltung
1028 ein Konzept, in dem dargestellt wird, wie

- 1029 ▪ die Inhalte, Präsentation und Strukturen optimiert werden können
1030 und
- 1031 ▪ die Kosten für den Erweiterungsbau, dessen Unterhaltung und
1032 Betrieb, aufgebracht werden sollen.

1033

1034 Wir wollen den Dialog der Kunst und Kultur von MigrantInnen und
1035 NichtmigrantInnen gewährleisten. Zu diesem Zweck

- 1036 ▪ setzen wir uns für einen zentralen Ort ein, an dem verschiedene
1037 **Kulturkreise in einen künstlerisch kulturellen Dialog** treten
1038 können. Wir werden die Verwaltung beauftragen, Inhalte, Örtlich-
1039 keiten und Verfahren („open-call“) zu prüfen, um dies zu realisieren;
- 1040 ▪ setzen wir uns für einen Erhalt des Dokumentationszentrums „Domit“
1041 in Köln mit geeigneten Räumlichkeiten ein.

1042

1043 Wir wollen die **kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen**
1044 auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Zahl von Kindern und
1045 Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern. Dazu

- 1046 ▪ wollen wir eine **größere Vernetzung** zwischen den städtischen
1047 Dienststellen, städtischen Institutionen wie der Rheinischen
1048 Musikschule und dem Museumsdienst, den Jugendkunstschulen in
1049 freier Trägerschaft, der sonstigen Kulturszene und den städtischen
1050 Schulen, Betreuungs- und Weiterbildungsangeboten erreichen;
- 1051 ▪ soll der **Museumsdienst** zentral erhalten bleiben und sein Angebot
1052 auch nichtstädtischen Museen anbieten (Kooperationen mit dem
1053 Schokomuseum, dem Diözesanmuseum, Sportmuseum). Die
1054 museumspädagogische Arbeit im NS-DOK soll ebenfalls wahr-
1055 genommen werden. Das Bulletin des Museumsdienstes wird erhalten.

1056

1057 Wir wollen, dass die Archivierung sowie die Aufarbeitung und das
1058 Zugänglichmachen aktueller Nachlässe und Sammlungen weiterhin ein
1059 Schwerpunkt der Arbeit des **Historischen Archivs** bleibt. Wir werden
1060 darauf hinwirken, dass die Arbeit des Historischen Archivs durch eine
1061 verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Ausstellungsprojekte wieder mehr in
1062 das Bewusstsein der Kölner Bevölkerung rückt.

1063 Wir wollen zum Nutzen aller Beteiligten eine **stärkere Kooperation in**
1064 **der Region**. Sofern in Einzelfällen eine institutionelle Zusammenarbeit
1065 ins Auge gefasst wird, werden wir darauf achten, dass hiermit ein nach-
1066 prüfbarer finanzieller und kulturpolitischer **Nutzen oder ein Mehrwert**
1067 für die Stadt verbunden ist. In diesem Zusammenhang werden Modelle
1068 wie das Kulturraumgesetz Sachsen und Zweckverbände geprüft.

1069 Wir wollen, dass die **Medienstadt Köln** nicht nur unter Ansiedlungs-
1070 und Wirtschaftsaspekten, sondern auch verstärkt im Hinblick auf das
1071 künstlerische Angebot im Bereich der Film- und Medienkunst Beachtung
1072 findet. Zu diesem Zweck soll der **Kulturausschuss bei Medien-**
1073 **Themen** in die Beratungsfolge aufgenommen werden, um bei den
1074 kulturellen Inhalten der Medienaktivitäten gestaltend mitwirken zu
1075 können. Die Zuständigkeitsordnung ist entsprechend zu ändern.

1076 Wir wollen die öffentliche und überregionale **Darstellung der Kultur-**
1077 **stadt Köln verbessern**. Eine Marketingoffensive soll Kölns Qualitäten,
1078 beispielsweise als Musikstadt, in einem breiteren Spektrum als bisher
1079 darstellen. Das Gleiche gilt für die Bildende Kunst und weitere Schwer

1080 punktthemen. Daneben werden wir Präsentationsmöglichkeiten von
1081 Kunst bei der KVB und der Kölner Außenwerbung prüfen lassen.

1082 Wir wollen, dass die künstlerische Gestaltung bei Bauvorhaben mit
1083 Begleitung des **Kunst- und Gestaltungsbeirates** mehr Beachtung
1084 findet. Für die Bauherren soll die Möglichkeit zusätzlicher Anreize
1085 geprüft werden.

1086

1087 Jugend- und Schulpolitik, Sportpolitik

1088

1089 KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass Betreuung, Bildung
1090 und Erziehung miteinander einhergehen und sich ergänzen. Der Jugend-
1091 und der Schulbereich sind zentrale Schnittstellen rot-grüner Politik. Die
1092 Kinder- und Jugendpartizipation sehen die Fraktionen als einen
1093 wichtigen Bestandteil der Bildung. Die Kooperation zwischen den
1094 Bereichen Jugendhilfe und Schule sind Vereinbarungen zwischen
1095 gleichberechtigten Partnern. Alle Akteure tragen zur Unterstützung der
1096 Kinder und Jugendlichen Wesentliches bei.

1097 Unser Ziel ist es, das Angebot für 0- bis 14-jährige Kinder und Jugend-
1098 liche zu erweitern und qualitativ ausbauen. Dafür werden wir:

- 1099 ▪ das Platzangebot in der Offenen Ganztagsgrundschule bis Ende 2007
1100 verdoppeln,
- 1101 ▪ mit dem **Masterplan „Familienfreundliches Köln“** das
1102 Betreuungsangebot für 0- bis 3-Jährige auszubauen,
- 1103 ▪ die Qualität des Angebots der Offenen Ganztagschule erhöhen,
- 1104 ▪ einen **höheren Zuschuss** für Gruppen in sozialen Brennpunkten und
1105 Förderschulen und einen Extrazuschuss für besondere Angebote im
1106 Bereich Kultur und Sport.

1107 Die Ausweitung der Angebote hängt maßgeblich davon ab, ob durch die
1108 gesetzlichen Vorgaben und Regelungen zu Hartz IV für eine nachhaltige
1109 Entlastung der Kommunen gesorgt wird.

1110

1111 Vor dem Hintergrund der Betreuung an Offenen Ganztagschulen und
1112 der Entwicklung von Hauptschulen zu Ganztagschulen muss es auch
1113 weiterhin ein qualifiziertes Angebot an Jugendeinrichtungen geben, ihr
1114 Angebot soll das der Offenen Ganztagschulen ergänzen. Dafür sind
1115 neue konzeptionelle Lösungen zu erarbeiten.

1116

1117 Mit dem **Sozialraumkonzept** beschreiten wir einen neuen Weg in der
1118 Jugendpolitik - weg von den einzelfallorientierten Hilfsangeboten hin zur
1119 **maßgeschneiderten Präventionsarbeit und Problemlösung im**
1120 **„Veedel“**. Mit den in Köln tätigen freien Trägern wollen wir
1121 partnerschaftlich ein ganzheitliches, fachübergreifendes und bürger-
1122 nahes Hilfesystem entwickeln. Dafür werden wir:

- 1123 ▪ vorhandene Hilfs- und Beratungsangebote (wie Familienberatungs-
1124 zentren, ASD und andere) eng miteinander abstimmen, um
1125 Synergien zu berücksichtigen. Hiervon wird auch der
1126 schulpsychologische Dienst erfasst, der in seiner Angebotsstruktur zu
1127 dezentralisieren ist.
- 1128 ▪ die rechtliche Möglichkeit zur Einrichtung von Sozialraumbudgets
1129 klären,
- 1130 ▪ durch eine effektive Verwaltungsorganisation dafür Sorge tragen,
1131 dass eine Parallelförderung vermieden wird.

1132

1133 Wir wollen **Kindertagesstätten als Familienzentren** ausbauen. Sie
1134 halten in Zukunft ein „niedrigschwelliges“ Angebot für Eltern in den
1135 Bereichen Gesundheitserziehung, Sprachförderung und Erziehungs-
1136 beratung vor. Köln bietet damit Betreuung, Beratung und Bildung an
1137 einem Ort und aus einer Hand. Dafür werden wir:

- 1138 ▪ **Modellprojekte** vor allem in Stadtteilen mit problematischer
1139 Sozialstruktur einrichten,
- 1140 ▪ über vorhandene Kompetenzen und Vernetzungen vor Ort ein
1141 **soziales Frühwarnsystem** entwickeln, welches durch seine
1142 präventive Ausrichtung spätere Probleme vermeidet,
- 1143 ▪ **Initiativen vor Ort** stützen und fördern,
- 1144 ▪ das Land auffordern, sich finanziell an dem Aufbau einer geeigneten
1145 Struktur zu beteiligen.

1146

1147 **Schule verstehen wir als lernende Organisation.** Wir wollen bei der
1148 Förderung qualifizierter Betreuungsangebote weiterhin einen politischen
1149 Schwerpunkt setzen und treten dafür ein, dass insbesondere in Stadt-
1150 teilen mit besonderem Jugendhilfebedarf der hohe Kölner Standard
1151 erhalten bleibt und ausgebaut wird. Dafür werden wir:

- 1152 ▪ das **Ganztagsangebot** in Schulen für mehr Differenzierung und
1153 außerschulische Partner öffnen,
- 1154 ▪ das **Lernen und Fördern individualisieren**, für leistungsschwä-
1155 chere wie auch begabte Schülerinnen und Schüler.

1156 Wichtig ist für uns die **Einbeziehung von Schule in das Sozialraum-**
1157 **konzept.** Im Sozialraum sind Bildungsinhalte von Schule und Jugend-
1158 hilfe durch **kommunale Bildungsplanung** zu verzahnen. Wir wollen:

-
- 1159 ▪ Schulen in sozialen Brennpunkten durch **verstärkte Schulsozial-**
1160 **arbeit**, durch den Ausbau qualifizierter Ganztageschulen und
1161 Schülertagesbetreuung unterstützen,
- 1162 ▪ die **personelle Ausstattung** durch zusätzliche Erzieherinnen und
1163 Erzieher verbessern,
- 1164 ▪ **Schulschließungen** vermeiden.
- 1165 Die Abschaffung der Grundschulbezirke wird zum gegenwärtigen Zeit-
1166 punkt abgelehnt. Wir treten dafür ein, dass keine Grundschule aufgrund
1167 fehlender Chancengleichheit benachteiligt wird. Der ruinöse Wettbewerb
1168 unter Schulen ist nicht gewünscht.
- 1169 Schulen mit eigenen Bibliotheken sind nach Möglichkeit personell so
1170 auszustatten, dass eine inhaltlich sinnvolle sowie vom zeitlichen Umfang
1171 ausreichende Nutzung der Einrichtung möglich ist.
- 1172 Schulmensen sind in einen Zustand zu versetzen, dass sie
1173 ernährungsphysiologischen und funktionellen Erfordernissen genügen.
1174 Es ist darauf zu achten, dass der bereits beschlossene 5-Jahres-Plan der
1175 Umgestaltung der Schulmensen zügig realisiert wird.
- 1176
- 1177 **Schulraumplanung** muss sich auch bei Erweiterungs- und Neubauten
1178 für den Offenen Ganztagsunterricht an den Erfordernissen pädago-
1179 gischer Konzepte der jeweiligen Schulen orientieren („Kinderhäuser
1180 statt Schulkasernen“). Daher wollen wir:
- 1181 ▪ bei der **Schulgebäudeausstattung** auf didaktisch sinnvolle
1182 Lösungen drängen,
- 1183 ▪ eine energetische Optimierung bei Baumaßnahmen verfolgen,
- 1184 ▪ den Bereich **Neue Medien in Schulen** durch die Umsetzung
1185 bestehender Konzepte (CAS) weiter stärken,
- 1186 ▪ ein höheres selbstverwaltetes Budget für Schulen, um die **wirt-**
1187 **schaftliche Eigenverantwortung** zu stärken („Selbstständige
1188 Schule“).
- 1189
- 1190 PPP-Modelle sind eine Möglichkeit notwendige Baumaßnahmen
1191 durchzuführen. Allerdings sind zunächst die Erfahrungen in der Bau-
1192 und Betreiberphase abzuwarten, bevor neue PPP-Modelle initiiert
1193 werden.
- 1194

- 1195 Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Mehr denn je ist die Bereitschaft
1196 zur **Weiterqualifizierung** ein entscheidender Schlüssel, um den beruf-
1197 lichen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Daher wollen wir:
- 1198 ▪ die **Tages- und Abend Schule Köln** (TAS) erhalten, um die
1199 Möglichkeit eines späteren Schulabschlusses zu eröffnen,
 - 1200 ▪ die **Volkshochschule** Köln (VHS) weiterhin als Bildungsträger in der
1201 Angebotsstruktur verankern und unterstützen,
 - 1202 ▪ weitere Maßnahmen zum **Übergang Schule und Beruf** (zum
1203 Beispiel „EQUAL“, Jugendwerkstätten) fördern,
 - 1204 ▪ durch Schaffung weiterer **Ausbildungsplätze bei der Stadt** die
1205 Verantwortung der Kommune im Bereich Ausbildung verdeutlichen.
 - 1206
- 1207 Wir wollen den vereinsgebundenen und den vereinsungebundenen
1208 **Breitensport erhalten, stärken und fördern**. Dazu wollen wir:
- 1209 ▪ Sportangebote für alle Kinder und Jugendliche sichern und
1210 attraktiver machen;
 - 1211 ▪ eine „**Allianz für den Kölner Sport**“ anstreben und alle nennens-
1212 werten Entscheidungen, die Auswirkungen auf den Vereinssport
1213 haben, mit den gewählten Vertretern des Sports besprechen;
 - 1214 ▪ die Bedingungen für den **individuellen Freizeitsport** erhalten und
1215 verbessern. Dazu gehört der Ausbau einer beleuchteten Jogging-
1216 strecke, Angebote für Skater und der Erhalt von vereinsunab-
1217 hängigen Sportflächen;
 - 1218 ▪ besonders eingehen auf die speziellen Bedarfe von Bevölkerungs-
1219 gruppen wie zum Beispiel **Behinderte und Senioren**;
 - 1220 ▪ das Prinzip des **Gender Mainstreaming** im Sport durchgehend
1221 berücksichtigen;
 - 1222 ▪ den städtischen **Zuschuss für den Stadtsportbund** erhalten und
1223 die Selbstorganisation des Kölner Sports fördern;
 - 1224 ▪ Kinder und Jugendliche weiterhin von der **Hallennutzungsgebühr**
1225 befreien;
 - 1226 ▪ den status quo des Jahres 2005 bei der Anmietung von Zeiten zur
1227 **Schwimmnutzung** durch Vereine und Gruppen beibehalten;
 - 1228 ▪ die Höhe der Beihilfen zur **Sportstättenunterhaltung** an Sport-
1229 vereine beibehalten;
 - 1230 ▪ die **Jugendbeihilfe** erhalten:

- 1231 ▪ Der SC Janus Köln als Veranstalter der GayGames 2010 wird durch
1232 die Stadt Köln bei der Vorbereitung und Durchführung angemessen
1233 unterstützt.
- 1234 Mit dem Ausbau der **Offenen Ganztagsschule** bietet sich auch die
1235 Möglichkeit sportliche Angebote mit einzubeziehen. Wir wollen ein
1236 **sportliches Angebot durch Einbeziehung der Vereine** in der
1237 Offenen Ganztagsschule verankern.
- 1238 Mit einem **Badekonzept für die Kölner Seen** wollen wir dem Freizeit-
1239 verhalten der Menschen gerecht werden, zum Beispiel durch ein
1240 Angebot von Infrastruktur (Toiletten). Das **Eis- und Schwimmstadion**
1241 an der Lentstraße wollen wir erhalten. Die Umsetzung des diesbezüg-
1242 lichen Ratsbeschlusses soll möglichst noch 2006 unter Einbindung der
1243 Beteiligungsverwaltung erfolgen.
- 1244 Wir wollen die erfolgreiche **KölnBäder GmbH** weiter entwickeln und
1245 deren Angebotspalette erweitern. Sie soll möglichst alle Bäder der
1246 öffentlichen Hand in Köln betreiben. Dabei sollen auch das Schwimm-
1247 leistungszentrum und die Lehrschwimmbäder berücksichtigt werden.
1248 Das **Dünnwalder Waldbad** wird erfolgreich durch das Ortskartell
1249 Dünnwald betrieben. Der Verein soll zur Absicherung seiner Arbeit einen
1250 Erbbaurechtsvertrag über das Grundstück erhalten.
- 1251 Wir wollen, dass nach der 3. Klasse 95 Prozent der Kinder schwimmen
1252 können, und werden dazu das Projekt „**Schwimmen macht Schule**“
1253 initiieren. So wollen wir die in den letzten Jahren gestiegene Zahl an
1254 Nichtschwimmern insbesondere bei Kindern und Jugendlichen
1255 reduzieren. Schulverwaltungs- und Sportamt sollen mit der KölnBäder
1256 GmbH das Projekt umsetzen und dabei insbesondere die Schulen
1257 inhaltlich, sachlich und organisatorisch unterstützen. Erfahrungen
1258 bereits erfolgreicher Projekte anderer Städte sollen einbezogen werden.

1259 Bürgerservice, Verwaltung, Sicherheit und Ordnung

1260

1261 Wir wollen Köln zu einer **sicheren Stadt** machen. Die Bürgerinnen und
1262 Bürger müssen Straßen, Plätze und auch die öffentlichen Verkehrsmittel
1263 tagsüber und abends als sichere Räume empfinden. Mit diesem Ziel
1264 werden wir Konzepte zur Verbesserung sowohl der objektiven Sicherheit
1265 als auch des **subjektiven Sicherheitsgefühls** weiterentwickeln. Dazu
1266 gehört neben der ausreichenden Beleuchtung städtischer Anlagen auch
1267 ein gepflegtes, nicht durch Müll und Schmierereien verunstaltetes,
1268 Stadtbild.

1269

1270 Die vorhandenen **Ordnungspartnerschaften** zwischen Justizbehörden
1271 Ordnungsbehörden, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt,
1272 Baubehörden, Bundesgrenzschutz, KVB, Taxiunternehmen, Wohnungs-
1273 gesellschaften, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten, Einzelhandel
1274 in den Stadtbezirken wollen wir stärken. Vereine und Initiativen von
1275 betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sind mit einzubeziehen. Ziel-
1276 setzung und eine regelmäßige Qualitätskontrolle durch eine überge-
1277 ordnete Stelle sind zu überprüfen.

1278

1279 Gestärkt werden sollen die Rechte der **Bezirksvertretungen**, auch bei
1280 der Finanzverantwortung.

1281

1282 Wir wollen, dass die Verwaltung mit allen **Dienstleistungsbereichen**
1283 **für Bürgerinnen und Bürger** auf kurzen Wegen erreichbar ist. Die
1284 Sozialraumorientierung ist auch hier ein wichtiges Instrument. Dazu
1285 werden wir den Service in Anlaufstellen der Verwaltung so **dezentral**
1286 wie möglich vorhalten und zentrale Einheiten zur Nutzung von Synergie-
1287 effekten, für notwendige Hintergrundarbeiten und zur besseren Steue-
1288 rung der Abläufe einsetzen. **Bürgernahe Dienstleistungen** und
1289 Beratung werden wir in allen neun Bezirken anbieten.

1290 Als wichtiger Baustein des **Bürger-Service der Zukunft** sind mobile
1291 und sinnvolle interaktive Lösungen dem Aufbau einer überdimen-
1292 sionierten technischen Infrastruktur vorzuziehen. Das Internet-
1293 Stadtportal stadt-koeln.de ist – auch als Basisinformation für das
1294 Callcenter und für Auskunftsmöglichkeiten in den Bezirken – auszu-
1295 bauen und als Plattform für einen solchen **mobilen und interaktiven**
1296 **Bürgerservice** zu nutzen. Die Redaktion ist adäquat auszustatten.

1297

1298 Wir wollen **Bürgerinnen und Bürger aktiver in kommunalpolitische**
1299 **Entscheidungsprozesse einbeziehen**. Dazu werden wir:

- 1300 ▪ Zur Hervorhebung der nach der Gemeindeordnung möglichen
1301 Formen der Beteiligungen die entsprechenden Regelungen in einer
1302 eigenen Satzung verankern.
- 1303 ▪ Den Beschwerdeausschuss in Anregungs- und Beschwerdeausschuss
1304 umbenennen.
- 1305 ▪ Mittels des Portals stadt-koeln.de bis 2009 erste Pilotprojekte zur
1306 **Online-Bürgerbeteiligung** umsetzen. Schwerpunkt sollen dabei
1307 Themen aus den Bezirken sein. Akzeptanz und Erfolg sollen über
1308 eine Evaluation überprüft werden.

1309

1310 Beim Erlass von **Satzungen und Gebührenordnungen** der Stadt
1311 wollen wir verstärkt soziale Aspekte (beispielsweise bei den Gebühren
1312 der Stadtbibliothek) berücksichtigen.

1313

1314 In der Stadtverwaltung werden wir uns verstärkt für die **Gleichstellung**
1315 **von Frauen** einsetzen, unter anderem durch die Einhaltung des
1316 Frauenförderplans. Der Frauenförderplan muss integraler Bestandteil
1317 des Umgestaltungsprozesses sein, damit sich die Stadtverwaltung selbst
1318 den Kriterien des Gender Mainstreaming anpasst.

1319 **Gender Mainstreaming** wird ein Leitprinzip in der Verwaltung und ist
1320 als Querschnittsaufgabe zu implementieren. Dazu müssen konkrete
1321 Konzepte zur Einführung des Gender Mainstreaming in den einzelnen
1322 Dezernaten entwickelt werden, wobei Zielvorgaben und Prozessverlauf
1323 als zentrale Themen Berücksichtigung finden müssen, sowie Fragen
1324 nach der Umsetzbarkeit der konkreten Ziele, über die Akteure, den Weg
1325 und die Zeitschiene. Die Stadt Köln soll sich dabei am Konzept des
1326 Landes NRW „Modell NRW: Gender Mainstreaming im Rahmen der
1327 Verwaltungsmodernisierung “ orientieren.

1328

1329 Vielfalt ist eine der Stärken der Stadtverwaltung. Wir setzen uns dafür
1330 ein, dass **Diversity-Management** als Konzept der Unternehmens-
1331 führung in der Stadtverwaltung angewandt wird. Die Wertschätzung
1332 aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unabhängig davon, welcher
1333 Nationalität, Religion, sexueller Identität oder gesellschaftlicher Gruppe
1334 sie angehören, und der zielgerichtete Umgang mit dieser Heterogenität,

1335 ist gleichermaßen zum Nutzen des Unternehmens und der Mitarbeite-
1336 rinnen und Mitarbeiter zu kultivieren.

1337

1338 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital der
1339 Stadtverwaltung. Daher ist im Rahmen des **Personalmanagements**
1340 eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der die Personalpolitik der
1341 Verwaltung transparent und eine individuelle Personalentwicklung
1342 möglich ist. Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und
1343 Mitarbeiter, die zur weiteren Qualifizierung dient, soll künftig verstärkt
1344 werden.

1345 Bei **Führungskräften** sollen freie Stellen auch wieder mit externen
1346 Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden, sofern dies im Einklang
1347 mit dem Haushaltssicherungskonzept steht und geeignete interne
1348 Bewerberinnen und Bewerber nicht zur Verfügung stehen. **Beförde-**
1349 **rungen** im höheren Dienst werden künftig nur noch nach transparenten
1350 Kriterien vom Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
1351 genehmigt.

1352 Die Stadt Köln bietet auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten
1353 **Ausbildungsplätze** an. Dies auch über den eigenen Bedarf hinaus.

1354

1355 Die kontinuierliche **Überprüfung der Aufgaben** der Verwaltung im
1356 Hinblick auf Synergien, interne Kooperationen und Schnittstellen wird
1357 fortgesetzt. Die Verantwortung dieses Prozesses wird den einzelnen
1358 Verwaltungseinheiten übertragen. Die Dezernate sollen wieder eine
1359 **stärkere Ressourcenverantwortung** bekommen.

1360

1361

1362 Selbstverständnis und Arbeitsweise der Partner

1363

1364 KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen gehen zur gemeinsamen Gestal-
1365 tung der Kölner Kommunalpolitik eine Kooperation für die gesamte
1366 Wahlperiode ein. Die Kooperation beinhaltet die gemeinsame Gestaltung
1367 der **städtischen Finanz- und Haushaltspolitik** mit der Verabschie-
1368 dung der Haushaltssatzungen und die gemeinsame Gestaltung der
1369 **strategischen Ausrichtung der städtischen Beteiligungsgesell-**
1370 **schaften** sowie die **Strukturierung des Verwaltungshandelns**
1371 einschließlich der Geschäftsverteilung der Dezernate.

1372 SPD und GRÜNE stimmen ihre Entscheidungen zur **Wahl von**
1373 **Beigeordneten** der Stadt Köln ab. Beigeordnete sind politische Wahl-
1374 beamtete. Ihre Wahl ist ureigenes Recht des Stadtrates. Es ist somit
1375 folgerichtig, dass ihre Wahl auf Basis eines Findungs- und Auswahlver-
1376 fahrens auf Vorschlag einer sich konstituierenden politischen Mehrheit
1377 im Rat erfolgt.

1378 SPD und GRÜNE streben gemeinsam an, zu besetzende Positionen für
1379 **Vorstände und Geschäftsführer städtischer Beteiligungsgesell-**
1380 **schaften** grundsätzlich nicht bloß auszuschreiben, sondern geeignete
1381 Bewerberinnen und Bewerber in der Regel durch ein Personalberatungs-
1382 unternehmen zu suchen, das seine Vorschläge dem dazu beauftragten
1383 Gremium zur Entscheidung präsentiert. Eine Ausnahme gilt in der Regel
1384 für die Personalvorstände mitbestimmter Unternehmen.

1385 Die vereinbarte Kooperation unterscheidet sich von der klassischen
1386 Koalition darin, dass beide Partner nicht zu jeder politischen Frage ein
1387 gemeinsam getragenes und einheitliches Verhalten bei Entscheidungen
1388 in Rat, Ausschüssen oder Gremien städtischer Beteiligungen vereinbart
1389 haben. SPD und GRÜNE vereinbaren jedoch, sich zu vom jeweiligen
1390 Partner beabsichtigten **politischen Initiativen**, die nicht Bestandteil
1391 ihrer Kooperationsvereinbarung sind, vorab zu konsultieren, um
1392 gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu beraten. Sofern dabei keine
1393 Einigung zustande kommt, sind beide Partner frei, für ihr jeweiliges
1394 Vorhaben eigenständig Mehrheiten zu suchen.

1395 Die Kooperationspartner verpflichten sich, alle in dieser Kooperations-
1396 vereinbarung festgelegten Inhalte und Maßnahmen durch geeignete
1397 Initiativen im Rat, in den Ausschüssen und gegenüber den Gremien der
1398 städtischen Beteiligungsgesellschaften umzusetzen. **Wechselnde**
1399 **Mehrheiten** zu Inhalten der Kooperationsvereinbarung sind grund-
1400 sätzlich ausgeschlossen. Anträge beziehungsweise Änderungsanträge im
1401 Rat, in Ausschüssen und sonstigen Gremien zu den die Kooperations

1402 vereinbarung betreffenden Inhalten werden im gegenseitigen
1403 Einvernehmen beziehungsweise als gemeinsame Initiativen eingebracht.
1404

1405 Die Kooperationspartner treffen sich regelmäßig – mindestens einmal
1406 im Monat – zur Abstimmung ihrer Politik in einer **Kooperations-**
1407 **kommission**. Darüber hinaus tritt diese Kommission auf Wunsch eines
1408 Partners zusammen. Die Kooperationskommission berät alle Fragen von
1409 grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Partnern abgestimmt
1410 werden müssen und führt in Konfliktfällen Konsens herbei. Ihm gehören
1411 jeweils die Parteivorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Fraktions-
1412 geschäftsführer an.

1413 Das **laufende politische Geschäft** einschließlich der Vorbereitung der
1414 Ratssitzungen wird von den Fraktionsgeschäftsführern koordiniert, die
1415 sich dabei auf die Arbeit der Facharbeitskreise der Fraktionen stützen.
1416 Die laufende fachliche Politik in Ausschüssen und sonstigen Gremien
1417 wird auf der Ebene der **Facharbeitskreise der Fraktionen** vorbereitet
1418 und abgestimmt.

1419

1420 Köln, den 17. März 2006

1421

1422

1423 Jochen Ott

1424 Parteivorsitzender der KölnSPD

1425

1426

1427 Dr. Angela Behring,

Jörg Penner

1428 Parteivorsitzende Bündnis90/Die Grünen

Parteivorsitzender Bündnis90/Die Grünen

1429

1430

1431 Martin Börschel

1432 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

1433

1434

-
- 1435 Barbara Moritz
- 1436 Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
- 1437 Zusammensetzung der Verhandlungskommission und Facharbeitsgruppen:
- 1438 Verhandlungsgruppe der SPD:
- 1439 Jochen Ott, Parteivorsitzender
- 1440 Anke Brunn, MdL, stv. Parteivorsitzende
- 1441 Martin Dörmann MdB, stv. Parteivorsitzender
- 1442 Marc Jan Eumann MdL, stv. Parteivorsitzender
- 1443 Alfred Schultz, Schatzmeister
- 1444 Inge Halberstadt-Kausch, Schriftführerin
- 1445 Jens Bröker, Parteigeschäftsführer
- 1446 Martin Börschel MdL, Fraktionsvorsitzender
- 1447 Ulrike Heuer, stv. Fraktionsvorsitzende
- 1448 Axel Kaske stv. Fraktionsvorsitzender
- 1449 Walter Kluth stv. Fraktionsvorsitzender
- 1450 Michael Zimmermann, Fraktionsgeschäftsführer
- 1451
- 1452 Verhandlungsgruppe Bündnis 90/Die Grünen
- 1453 Dr. Angela Behring, Parteivorsitzende
- 1454 Jörg Penner, Parteivorsitzender
- 1455 Manfred Waddey, Kreiskassierer
- 1456 Anna Schönhütte, Beisitzerin im Parteivorstand
- 1457 Dr. Ralf Unna, Beisitzer im Parteivorstand
- 1458 Barbara Moritz, Fraktionsvorsitzende
- 1459 Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer + stv. Fraktionsvorsitzender
- 1460 Angela Spizig, Bürgermeisterin
- 1461 Peter Sörries, stv. Fraktionsvorsitzender
- 1462
- 1463 Mitglieder der Facharbeitsgruppen:
- 1464 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Verkehr / Bauen / Wohnen
- 1465 Michael Zimmermann, Dr. Eva Bürgermeister, Peter Kron
- 1466 Barbara Moritz, Gerd Brust, Bettina Tull
- 1467
- 1468 Arbeitsgruppe Wirtschaft / Liegenschaften
- 1469 Marc-Jan Eumann, Wolfgang Klapdor, Alfred Schultz, Johannes Waschek
- 1470 Jörg Frank, Peter Sörries, Elisabeth Thelen
- 1471
- 1472 Arbeitsgruppe Umwelt / Grün / Abfallwirtschaft / Gesundheit / Kliniken
- 1473 Stephan Gatter, Dr. Alexander Fladerer, Polina Frebel, Michael Paetzold
- 1474 Gerd Brust, Katrin Barion, Arif Ünal
- 1475
- 1476 Arbeitsgruppe Soziales / Beschäftigungsförderung / Integrationspolitik / Flüchtlingspolitik
- 1477 Walter Kluth, Dr. Ralf Heinen, Susana dos Santos Herrmann, Arnd Schwendy
- 1478 Ossi Helling, Brigitta von Bülow, Jörg Frank, Arif Ünal
- 1479
- 1480 Arbeitsgruppe Kunst und Kultur
- 1481 Dr. Hans-Georg Bögner, Eva Bruch, Ingrid Hack, Elfi Scho-Antwerpes
- 1482 Angela Spizig, Friederieke van Duiven, Peter Sörries, Maria Spering
- 1483
- 1484 Arbeitsgruppe Jugend- und Schulpolitik / Sportpolitik
- 1485 Ulrike Heuer, Wolfgang Bosbach, Jochen Ott, Karin Wiesemann
- 1486 Gaby Schlitt, Stefan Peil, Elisabeth Thelen, Sabine Ulke
- 1487
- 1488 Arbeitsgruppe Sicherheit , Ordnung, Verwaltung
- 1489 Michael Zimmermann, Polina Frebel, Michael Neubert, Susana dos Santos Herrmann
- 1490 Andreas Wolter, Brigitta von Bülow